



Deutsches  
Jugendinstitut

Materialien zum 16. Kinder- und Jugendbericht

Klaus Waldmann

# Die Entwicklung der Landschaft der außerschulischen politischen Jugendbildung in Deutschland seit 1990

Eine Expertise für das Deutsche Jugendinstitut

## **Forschung zu Kindern, Jugendlichen und Familien an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Fachpraxis**

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute Europas. Seit über 50 Jahren erforscht es die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien, berät Bund, Länder und Gemeinden und liefert wichtige Impulse für die Fachpraxis.

Träger des 1963 gegründeten Instituts ist ein gemeinnütziger Verein mit Mitgliedern aus Politik, Wissenschaft, Verbänden und Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Die Finanzierung erfolgt überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Bundesländern. Weitere Zuwendungen erhält das DJI im Rahmen von Projektförderungen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, der Europäischen Kommission, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Aktuell arbeiten und forschen 470 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (davon rund 280 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler) an den beiden Standorten München und Halle (Saale).

Der vorliegende Text wurde als Expertise im Rahmen der Arbeiten zum 16. Kinder- und Jugendbericht erstellt. Ihre Beauftragung erfolgte durch die Sachverständigenkommission für den 16. Kinder- und Jugendbericht und wurde durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Der Sachverständigenkommission für den 16. Kinder- und Jugendbericht gehörten folgende Mitglieder an: Dr. Reiner Becker, Prof. Dr. Anja Besand, Ina Bielenberg, Prof. Dr. Julia von Blumenthal, Prof. Dr. Andreas Eis, Prof. Dr. Frauke Hildebrandt, Cansu Kapli, Thomas Krüger, Prof. Dr. Dirk Lange, Hanna Lorenzen, Dr. Stine Marg, Prof. Dr. Kurt Möller, Prof. Dr. Christian Palentien und Christian Weis

In der Geschäftsstelle des Deutschen Jugendinstituts e. V. wirkten mit: Dr. Anne Berngruber, Irene Hofmann-Lun, Dr. Sabrina Hoops, Dr. Liane Pluto und Christine Sporrer (Sachbearbeitung)

## **Impressum**

© 2020 Deutsches Jugendinstitut e.V.

Deutsches Jugendinstitut  
Nockherstraße 2  
81541 München

**Ansprechpartnerin:**  
Christine Sporrer  
**Telefon** +49 89 62306-182  
**E-Mail** sporrer@dji.de

**Datum der Veröffentlichung** Dezember 2020  
ISBN: 978-3-86379-361-6

# Inhalt

1	Einleitung und Fragestellung	5
2	Außerschulische politische Jugendbildung als Teil der Kinder- und Jugendhilfe	8
3	Außerschulische politische Jugendbildung im Kinder- und Jugendplan des Bundes	19
3.1	Förderung der politischen Jugendbildung aus Mitteln des KJP-Programms „Politische Bildung“	19
3.2	Aktionsprogramme und Modellprojekte im KJP	27
4	Förderung der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung durch die Bundeszentrale für politische Bildung	30
5	Außerschulische politische Jugendbildung in den Bundesprogrammen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention	38
6	Resümee	47
7	Literatur	49
8	Anhang	51
9	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	56

## Redaktioneller Lesehinweis:

Für die Veröffentlichung wurden die Expertisen für den 16. KJB neu und einheitlich formatiert. Um die im Bericht in der Fassung der Bundestagsdrucksache 19/24200 vom 11.11.2020 zitierten Quellen aus den Originaltexten in der vorliegenden Fassung schnell überprüfen zu können, werden im Folgenden die entsprechenden Belegstellen aus dem Bericht in der vorliegenden Fassung nachgewiesen:

Zitat 16. KJB	(S. im KJB)	Zitat in der vorliegenden Fassung
S. 10	(S. 336)	S. 12
S. 8ff	(S. 336)	S. 13f
S. 16	(S. 336)	S. 21f
S. 17	(S. 337)	S. 22
S. 34	(S. 338)	S. 41f
S. 18ff	(S. 378)	S. 23ff



# 1 Einleitung und Fragestellung

Die außerschulische politische Jugendbildung ist ein Handlungsfeld der Kinder- und Jugendarbeit mit einer vielfältigen, pluralen Struktur von Verbänden, Vereinen, Initiativen und weiteren Akteuren. Geprägt ist dieses Handlungsfeld durch ein mannigfaltiges Angebot an Projekten und Bildungsgelegenheiten sowie unterschiedlichen Ansätzen und Konzepten. In einem ersten Zugriff lässt sich die Landschaft der politischen Jugendbildung gegenwärtig als ein Mix von Akteuren, die zu einem großen Teil in der Phase des Aufbaus in Nachkriegszeit bzw. in der Reformphase Anfang der 1970er Jahre im Kontext neuer sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik entstanden sind und von neuen Akteuren, die überwiegend nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ab 1990 gegründet worden sind, beschreiben. Erkennbar ist eine parallele Existenz allgemeiner und spezialisierter Anbieter, das Nebeneinander von klassischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verbänden, die im Kontext, wenn auch sich auflösender, sozialer Milieus verortet werden können, und Vereinen und Initiativen, die sich als Sozialunternehmen charakterisieren lassen.

In dieser Expertise sollen die Faktoren, die diese Entwicklung bedingt haben, untersucht werden und es soll aufgezeigt werden, wie sich die Landschaft der politischen Jugendbildung im Zeitraum zwischen 1990 bis zur Gegenwart verändert hat. Im Mittelpunkt der Analyse stehen die beobachtbaren Veränderungen in der Förderung der politischen Jugendbildung, der Zahl der Einrichtungen und des Personals. Gefragt wird nach der Implementierung neuer Förderschwerpunkte sowie der Einrichtung von Modell-, Aktions- und Bundesprogrammen und nach der Entstehung und Etablierung neuer Einrichtungen und Akteuren der politischen Bildung. Das Interesse gilt auch den Fragen nach der Herausbildung eines neuen Typus von Organisationen politischer Jugendbildung und nach dem Wandel von Strukturen und Prinzipien der Förderpolitik.

Die Debatten um die Begründung und die Grundlagen politischer Jugendbildung, der Diskurs um inhaltliche Herausforderungen und Konzepte, die Frage nach innovativen Methoden, nach Lernformen und Lernarrangements der außerschulischen politischen Jugendbildung werden in dieser Expertise nicht aufgenommen oder nur am Rande gestreift. Diese Expertise konzentriert sich auf die Akteure in der Landschaft der politischen Jugendbildung, auf die Strukturen und den Umfang der Förderung politischer Jugendbildung sowie auf die Relevanz einer auf die Stärkung einer Infrastruktur ausgerichteten und einer auf reine Projektförderung bezogenen Perspektive der Zuwendungsgeber.

Diese Expertise hat die Entwicklungen auf der Ebene des Bundes zum Gegenstand. Jenseits der Beschäftigung mit den Statistiken des Statistischen Bundesamts zur Kinder- und Jugendhilfe fließen keine Erkenntnisse zur politischen bzw. zur außerschulischen Jugendbildung auf der Ebene der Länder und Kommunen in diese Expertise ein. Deshalb ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass die politische Jugendbildung auch aus Mitteln der Länder auf der Basis von Jugendbildungs- oder Weiterbildungs-gesetzen oder in Einzelfällen auch durch eine Landeszentrale für politische Bildung wie auch durch Mittel von Kommunen gefördert wird. Über den Umfang der Förderung auf der jeweiligen Ebene werden keine Daten in diese Expertise einbezogen. Exemplarisch kann an dieser Stelle nur auf einen Sammelband von Hafenecker u.a. hingewiesen werden, der sich kritisch und bilanzierend mit der Entwicklung

der politischen Jugendbildung in Hessen und auch der kommunalen Jugendwerke seit den 1970er Jahren beschäftigt.<sup>1</sup>

Die Arbeit an dieser Expertise hat auch gezeigt, dass es nur wenige, einfach zugängliche Daten zur Entwicklung und zur Situation der politischen Jugendbildung in Deutschland gibt, die unmittelbare und eindeutige Aussagen über Umfang, Reichweite, Struktur und Förderung politischer Bildung zulassen. Die verschiedenen vorliegenden Evaluationen von Angeboten politischer Jugendbildung interessieren sich weit überwiegend für inhaltliche Schwerpunkte, methodische Konzepte, die Einlösung eines Innovations- und Anregungsanspruchs und mögliche Wirkungen<sup>2</sup>, konzentrieren sich auf die Relevanz politischer Bildung für die politische Sozialisation Jugendlicher<sup>3</sup> oder sind als Evaluation eines Förderprogramms angelegt.<sup>4</sup> Quantitative Aspekte werden in diesen Evaluationen meist nur kurz beleuchtet. Lediglich im Rahmen des von einer Autorengruppe um Dirk Lange veröffentlichten „Monitor politische Bildung“<sup>5</sup> werden Daten zur Förderung der politischen Jugendbildung im KJP-Programm „Politische Bildung“ für die Jahre 2004 bis 2008 dargestellt und eingeschätzt.

Die Daten für diese Expertise wurden aus unterschiedlichen Quellen zusammengetragen. Das Referat „Jugend und Bildung“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Fachbereich Förderung der Bundeszentrale für politische Bildung haben das Anliegen dieser Expertise dankenswerter Weise unterstützt. Leider konnten aus unterschiedlichen Gründen gewünschte Daten, die eine vertiefende Analyse der Entwicklungen in der Landschaft der politischen Bildung erlaubt hätten, nicht zur Verfügung gestellt werden. Zum einen waren die angefragten Daten in diesen Institutionen nicht vorhanden, zum anderen hätte es für die Mitarbeiter\*innen einen erheblichen Arbeitsaufwand bedeutet, diese Daten aus unterschiedlichen Akten zusammenzutragen. Zudem stellte der Datenschutz ein Hindernis dar, Zahlen für diese Expertise freizugeben.

In dieser Situation wurde eine Abfrage bei den Mitgliedern der GEMINI<sup>6</sup> durchgeführt, um differenziertere Angaben zur Entwicklung der an der Förderung aus Mitteln des KJP-Programms „Politische Bildung“ partizipierenden Organisationen zu erhalten. Fast alle Mitglieder der GEMINI haben auf die Abfrage geantwortet. Mitarbeiter\*innen in den Geschäftsstellen haben sich redlich bemüht, die angefragten Daten zusammenzustellen. Doch eine intensive Auswertung der zurückgemeldeten Daten hat dann leider zu der Entscheidung geführt, diese Angaben nicht in die Expertise einzuarbeiten. Die Begründung dafür ist, dass die Daten aufgrund der unterschiedlichen inneren Struktur der Verbände und

<sup>1</sup> Hafener, Benno; Widmaier, Benedikt; Zahn, Horst-Dieter (Hrsg.) (2011): Politische Jugendbildung in Hessen. Rückblicke und Ausblicke. Schwalbach/Ts.

<sup>2</sup> Schröder, Achim; Balzter, Nadine; Schroedter, Thomas (2004): Politische Jugendbildung auf dem Prüfstand. Ergebnisse einer bundesweiten Evaluation. Weinheim und München.

<sup>3</sup> Balzter, Nadine; Ristau, Yan; Schröder, Achim (2014): Wie politische Bildung wirkt: Wirkungsstudie zur biographischen Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung. Schwalbach/Ts.

<sup>4</sup> Wach, Katharina; Berg-Lupper, Ulrike; Peyk, Sonja; Ebner, Sandra; Schüle-Tschersich, Meike (2014): Evaluation des Kinder- und Jugendplans des Bundes. Endbericht zum KJP-Förderprogramm „Allgemeine Politische Bildung“ (P 01.01). München.

<sup>5</sup> Lange, Dirk (2010): Monitor politische Bildung. Daten zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.

<sup>6</sup> Die GEMINI ist die Gemeinsame Initiative der bundeszentralen Träger der politischen Jugendbildung. Zur GEMINI gehören: Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (AKSB), Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB), Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN (AL), Deutscher Volkshochschul-Verband e.V. (DVV), Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (ET), Arbeitsgemeinschaft der Ost-West-Institute e.V., Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum (VBLR).

den sehr verschiedenen Regeln zur Partizipation der jeweiligen Mitgliedseinrichtungen an den Zuwendungen aus dem KJP-Programm nicht zusammengefasst werden konnten, sondern nur eine auf die verschiedenen Organisationen bezogene Darstellung möglich gewesen wäre. Gleichzeitig musste konstatiert werden, dass in den Geschäftsstellen – was nachvollziehbar ist – die angefragten Daten nicht für den gesamten Zeitraum von 1990 bis 2018 vorhanden waren, sondern nur für einige der zurückliegenden Jahre. Selbst wenn es möglich gewesen wäre, vergleichbare Daten zusammen zu stellen, hätten diese also nur Aussagen zu einem relativ kurzen Abschnitt dieses Zeitraums erlaubt.

In der Expertise werden vier Bereiche der Landschaft der politischen Jugendbildung näher betrachtet und es wird versucht, die leitenden Fragestellungen in Hinblick darauf zu beantworten. Zunächst wird die politische Jugendbildung als Teil der Kinder- und Jugendhilfe betrachtet und der Stellenwert der außerschulischen Jugendbildung in diesem Kontext reflektiert. Im anschließenden Kapitel wird die Förderung der politischen Jugendbildung aus Mitteln des KJP-Programms „Politische Bildung“ in den Blick genommen und die Veränderungen der Ausstattung dieses Programms mit dem KJP-Programm zur Förderung der Jugendverbände und mit dem KJP-Programm „Kulturelle Bildung“ vergleichend untersucht. Das nächste Kapitel beschäftigt sich mit der Förderung der politischen Jugendbildung durch die Bundeszentrale für politische Bildung, wobei insbesondere nach den von der Bundeszentrale anerkannten Trägern der politischen Bildung und den für die Bundeszentrale verfügbaren Mitteln zur Förderung der Bildungsangebote der Bildungseinrichtungen gefragt wird. Schließlich wird die Förderung politischer Jugendbildung in den Aktions- und Bundesprogrammen zur Demokratieförderung und zur Extremismusprävention thematisiert. Hier interessiert insbesondere, wie durch die Implementation und den Ausbau dieser Programme die Landschaft der politischen Bildung erweitert wurde und vielfältiger geworden ist, aber auch wie sich durch diese Programme die Verfahren und Wege der Förderung politischer Jugendbildung strukturell verändert haben.

Diese Expertise will dazu beitragen, in der Unübersichtlichkeit der gegenwärtigen Landschaft der politischen Jugendbildung die Strukturen und Trends sichtbar zu machen, etwas mehr Transparenz herzustellen, Entwicklungslinien zu identifizieren und damit auch zukünftige Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen.

## 2 Außerschulische politische Jugendbildung als Teil der Kinder- und Jugendhilfe

Nach § 11 des SGB VIII ist die politische Jugendbildung ein eigenständiges Handlungsfeld der Kinder- und Jugendarbeit. Die Schwerpunkte der Jugendarbeit sind in § 11, Absatz 3 weiter ausdifferenziert, die politische Jugendbildung ist als Bereich der „außerschulischen Jugendbildung“ gemeinsam mit den Handlungsfeldern „allgemeine, politische, soziale, gesundheitliche, kulturelle, naturkundliche und technische Bildung“ aufgelistet. Die politische Jugendbildung nimmt unter diesen Ansätzen, die sich insgesamt durch einen eindeutigen Bildungsanspruch auszeichnen, eine prominente Position ein. Das dieser Auflistung im Gesetzestext vorangestellte Verb ‚gehören‘ zeigt zudem, dass diese nicht abschließend gedacht ist, sondern aufgrund eines durch gesellschaftliche Entwicklungen veränderten Bedarfs ergänzt werden kann. Die Beschreibungen der Leistungen der Jugendarbeit in § 11 des SGB VIII, die Ausführungen in § 12 (Förderung der Jugendverbände) und § 13 (Jugendsozialarbeit) konkretisieren die Relevanz der Jugendarbeit als eigenständiger Sozialisationsinstanz.

Das Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendarbeit ist, wie im Kinder- und Jugendhilfereport 2018 zu lesen ist, „durch ein besonderes Maß an Heterogenität“<sup>7</sup> gekennzeichnet. Hinzu kommt, dass bei einer näheren Betrachtung von Praxis und Konzepten der genannten Handlungsfelder der außerschulischen Jugendbildung relativ leicht zu erkennen ist, dass diese Ansätze nicht trennscharf voneinander abgegrenzt werden können. Diese Ansätze überschneiden sich in ihren Anliegen, in der jeweiligen Praxis wird mit gleichen Methoden gearbeitet, sie stehen jedoch für unterschiedliche Zugangsweisen und Handlungslogiken der Kinder- und Jugendarbeit, wobei von fließenden Übergängen auszugehen ist.

In diesem Abschnitt sollen unter politischer Jugendbildung die Angebote der Träger verstanden werden, die sich nach ihrem Selbstverständnis als Akteure politischer Bildung betrachten (z.B. Jugendbildungsstätten), jedoch auch gruppenbezogene Angebote von Jugendverbänden sowie Maßnahmen und Projekte der Jugendsozialarbeit, die sich an einem erweiterten, auf die Lebenswelten Jugendlicher bezogenen Verständnis des Politischen orientieren, aber auch die vielfältigen Formen der Interessenvertretung im Kontext der Arbeit von Jugendverbänden oder im Rahmen von Beteiligungs- und Gestaltungsprozessen sowie die Durchführung von einschlägigen Projekten und Aktionen. Im relativ weit gefassten Bereich der Kinder- und Jugendarbeit finden Angebote der politischen Jugendbildung von unterschiedlichen Akteuren und in mannigfaltigen Formaten statt. Gelegentlich wird von politischer Jugendbildung als allgemeinem Prinzip und Querschnittsthema gesprochen, das die gesamten Angebote der Kinder- und Jugendarbeit umfasst oder politische Bildung wird als eigenständiges und spezifisches Angebot verstanden.

Daten zum Umfang der Angebote der politischen Jugendbildung, zum Umfang der Förderung, zur Zahl der Einrichtungen und Organisationen oder zur Anzahl der in diesem Handlungsfeld Beschäftigten sind aus den Statistiken zu Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe nicht direkt ablesbar. Einerseits bietet die weit überwiegende Zahl der Einrichtungen und Organisationen, die sich als Träger der politischen Jugendbildung verstehen, nicht nur Angebote politischer Jugendbildung an, sondern z. B. auch freizeit-, abenteuer- oder sportpädagogische Aktivitäten. Andererseits sind auch Akteure z. B. der kulturellen Bildung, der Offenen Jugendarbeit und der Internationalen Jugendarbeit in der politischen

<sup>7</sup> Vgl. Autorengruppe Kinder- und Jugendhilfestatistik (2019): Kinder- und Jugendhilfereport 2018. Eine kennzahlenbasierte Analyse. Opladen, Berlin, Toronto, S. 103.



Jugendbildung aktiv oder ihre Aktivitäten haben zu nicht unwesentlichen Anteilen auch Elemente von politischer Jugendbildung. In den Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe sind Daten zur politischen Jugendbildung in den Angaben zum Umfang der Aktivitäten der außerschulischen Jugendbildung enthalten und die Entwicklungstrends des Handlungsfelds müssen im Kontext der Angaben zu diesem übergreifenden Schwerpunkt betrachtet werden.

Für den Zeitraum von 1990 bis heute liegen entsprechende Daten bis zum Jahr 2008 vor, die in einem vierjährigen Turnus erhoben wurden. Nach 2008 erfolgte „eine vollständige Neukonzeption“<sup>8</sup> der bisherigen Maßnahmestatistik der Kinder- und Jugendhilfe. An dem bis zu diesem Zeitpunkt angewandten Verfahren war kritisiert worden, dass aktuelle Entwicklungen in der Praxis der Kinder- und Jugendarbeit damit nur unzureichend abgebildet werden konnten und ein großer Teil der Aktivitäten der Jugendarbeit somit in der Statistik nicht erfasst worden sind. Im neuen Verfahren sollen nun in einem zweijährigen Turnus „alle Angebote der Jugendarbeit, unterteilt in offene und gruppenbezogene Angebote sowie Veranstaltungen und Projekte, die innerhalb eines Berichtsjahres durchgeführt wurden“<sup>9</sup> abgefragt und in die Statistik eingearbeitet werden.

Die Neukonzeption der Statistik hat leider zur Folge, dass Angaben zu Entwicklungstrends in der politischen Jugendbildung, aber auch zur kulturellen Bildung, aus dieser Statistik nicht mehr seriös abgelesen werden können. Denn die Angebote der politischen Jugendbildung können theoretisch sowohl den Kategorien ‚offene‘ oder ‚gruppenbezogene Angebote‘ sowie als ‚Veranstaltungen und Projekte‘ zugeordnet werden. Neu eingeführt worden ist, in der Abfrage auch die Themenschwerpunkte der Angebote der Jugendarbeit zu erfassen. Vorgegeben sind folgende Kategorien: 1. Natur und Umwelt, 2. Handwerk und Technik, 3. Rettungs- und Hilfstechiken, 4. Gesellschaft, Religion und Kultur, 5. Medien, 6. Hauswirtschaft, 7. Kunst und Kultur, 8. Spiele, 9. Sport, 10. Brauchtum, 11. Didaktik und Methodik, 12. Geschlecht und Aufklärung, 13. Gewaltprävention, 14. Beratungsgespräche, 15. Sonstige, 16. kein Schwerpunkt. Jedoch bietet auch die Zuordnung der Angebote zu diesen Themenschwerpunkten kaum Anhaltspunkte, um belastbare, empirisch begründete Aussagen zum Stellenwert politischer Jugendbildung in der Kinder- und Jugendhilfe zu machen. Da die Auswertung der Daten zum ersten Mal für das Jahr 2017 nach der neuen Systematik erfolgte, können daraus auch noch keine Trends abgelesen werden. Etwas merkwürdig mutet jedoch an, dass das Thema Kultur in zwei Kategorien (4. und 7.) abgefragt wird und in 4. Gesellschaft, Religion und Kultur in einem Themenbereich zusammengefasst sind.

Neben der Entwicklung von Ausgaben für außerschulische Jugendbildung und den Veränderungen der entsprechenden Angebote können zur Einschätzung der Trends in der Landschaft der politischen Jugendbildung die Angaben zum Wachstum oder Rückgang der Zahl der Jugendtagungs- und Jugendbildungsstätten sowie der Anzahl der dort Beschäftigten in die Analyse einbezogen werden.

<sup>8</sup> Pflugmann-Hohlstein, Barbara (2015): Die neue Statistik zu Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit – Eine Herausforderung für die amtliche Statistik. In: Landesamt für Statistik Niedersachsen (Hrsg.): Statistische Monatshefte Niedersachsen, 69. Jg., 2/2015, S. 62.

<sup>9</sup> Statistisches Bundesamt (2019): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Angebote der Jugendarbeit 2017. Wiesbaden, S. 3.

**Tabelle 1: Entwicklung der Ausgaben in der Kinder- und Jugendhilfe 1991 bis 2017<sup>10</sup>  
 nur Ausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen und andere Aufgaben nach dem SGB VIII  
 (in 1.000 EURO)**

Jahr	KJH insgesamt	Jugendarbeit	Anteil Ju- arb. an Gesamt- ausg. in %	außersch. Jugendb.	Anteil an Ausg. für Juarbeit in %	Anteil auß. Jubi an gesamt in %
1991	3.386.415	310.521	9,17%	84.536	27,22%	2,50%
1995	5.253.555	421.364	8,02%	110.331	26,18%	2,10%
2000	6.577.397	430.461	6,54%	97.886	22,74%	1,49%
2005	7.492.948	442.401	5,90%	107.499	24,30%	1,43%
2008	9.559.236	521.171	5,45%	149.561	28,70%	1,56%
2010	11.055.229	528.923	4,78%			
2015	15.391.326	656.858	4,27%			
2017	18.839.733	732.117	3,89%			

In Tabelle 1 sind die Ausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen nach dem SGB VIII für die Jugendarbeit insgesamt, die Ausgaben für den Bereich der Jugendarbeit und die außerschulische Jugendbildung dargestellt, da diese Ausgaben in den Statistiken bis einschließlich 2008 differenziert ausgewiesen werden. Darüber hinaus weist die Kinder- und Jugendhilfestatistik noch Ausgaben nach Art der verschiedenen Einrichtung aus. Auf die Auflistung dieser Ausgaben wird in dieser Expertise verzichtet, da diese Angaben nicht weiter nach Handlungsfeldern differenziert werden, so dass daraus in keiner Weise Rückschlüsse für Entwicklungen in der politischen Jugendbildung gezogen werden können.

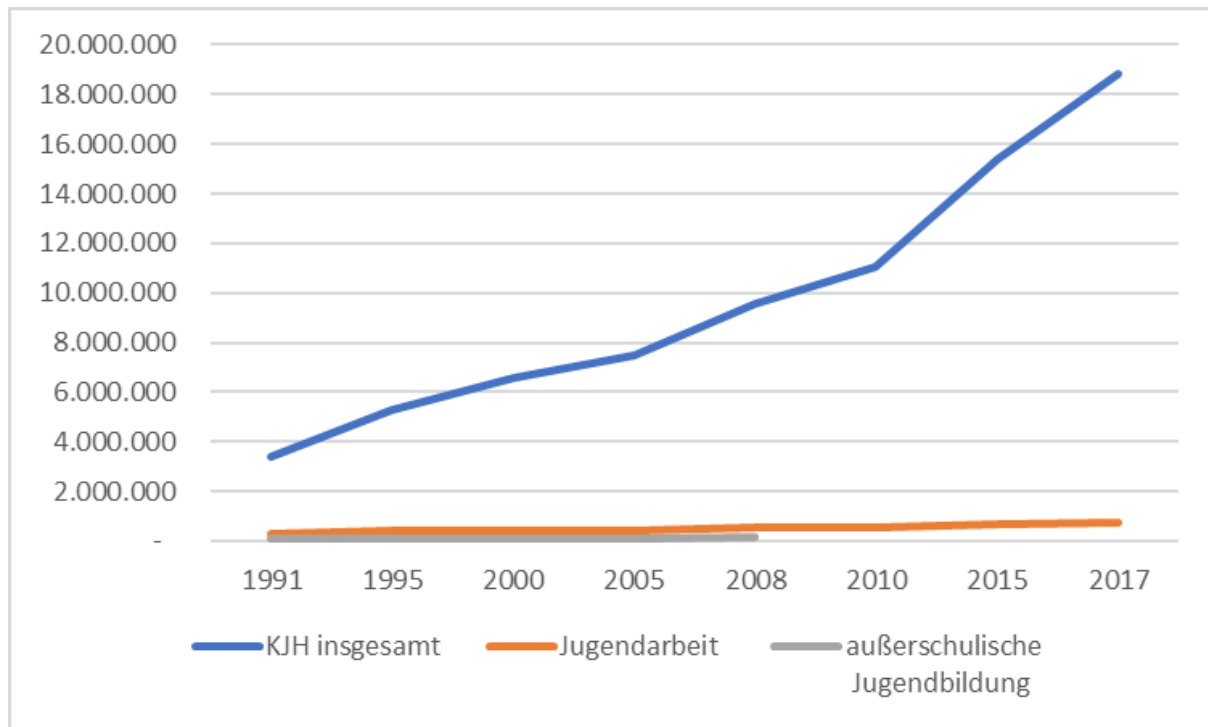
Tabelle 1 zeigt, dass die Ausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen und andere Aufgaben nach dem SGB VIII in der Kinder- und Jugendhilfe seit dem Jahr 1991 von 3,386 Mrd. EURO auf ca. 18,840 Mrd. im Jahr 2017 angestiegen sind. Das entspricht einem Wachstum in diesem Zeitraum von ca. 456 %. Die Ausgaben für die Jugendarbeit sind in dieser Phase von rund 310 Mio. EURO auf ca. 732 Mio. gewachsen, das entspricht einem Anstieg von ca. 136 %. Die Ausgaben im Bereich der Einzel- und Gruppenhilfen und andere Aufgaben nach dem SGB VIII für die außerschulische Jugendbildung sind in diesem Zeitraum von 84,5 Mio. EURO mit einigen Schwankungen bis zum Jahr 2008 auf 149,5 Mio. Euro geklettert, das entspricht einem Wachstum von ca. 77 %. Schon diese Angaben machen sichtbar, dass die Ausgaben für die außerschulische Jugendbildung signifikant deutlich geringer zugenommen haben

<sup>10</sup> Statistisches Bundesamt (2018): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Ausgaben und Einnahmen 2017, nach Tabellen: ZR 1.1 Einzel- und Gruppenhilfen und andere Aufgaben nach dem SGB VIII 1991 – 2008 und ZR 1.2 Einzel- und Gruppenhilfen und andere Aufgaben nach dem SGB VIII, S. 27-29.

Die Angaben zu den Ausgaben für die Außerschulische Jugendbildung im Zeitraum von 1991-2008 basieren auf den entsprechenden periodischen Berichten des Statistischen Bundesamts für diese Zeitspanne.

als die für andere Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe. Die höchsten Wachstumsraten sind bei den vorläufigen Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen von 10,175 Mio EURO im Jahr 1991 auf ca. 655 Mio zu registrieren, was einer Steigerung um 6.338 % entspricht. Hohe Wachstumsraten verzeichnen die Jugendsozialarbeit mit 745 % (von ca. 59 Mio. im Jahr 1991 auf 499,3 Mio. im Jahr 2017) und auch die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege um 583 % von 592 Mio. im Jahr 1991 auf 4,047 Mrd. in 2017. Diese Veränderungen stehen für eine markante Verschiebung jugendpolitischer Schwerpunkte auf kommunaler, Landes- und auf Bundesebene.

**Schaubild 1: Trends von Ausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen und andere Aufgaben nach dem SGB VIII zwischen 1991 und 2017 in 1.000 EURO**



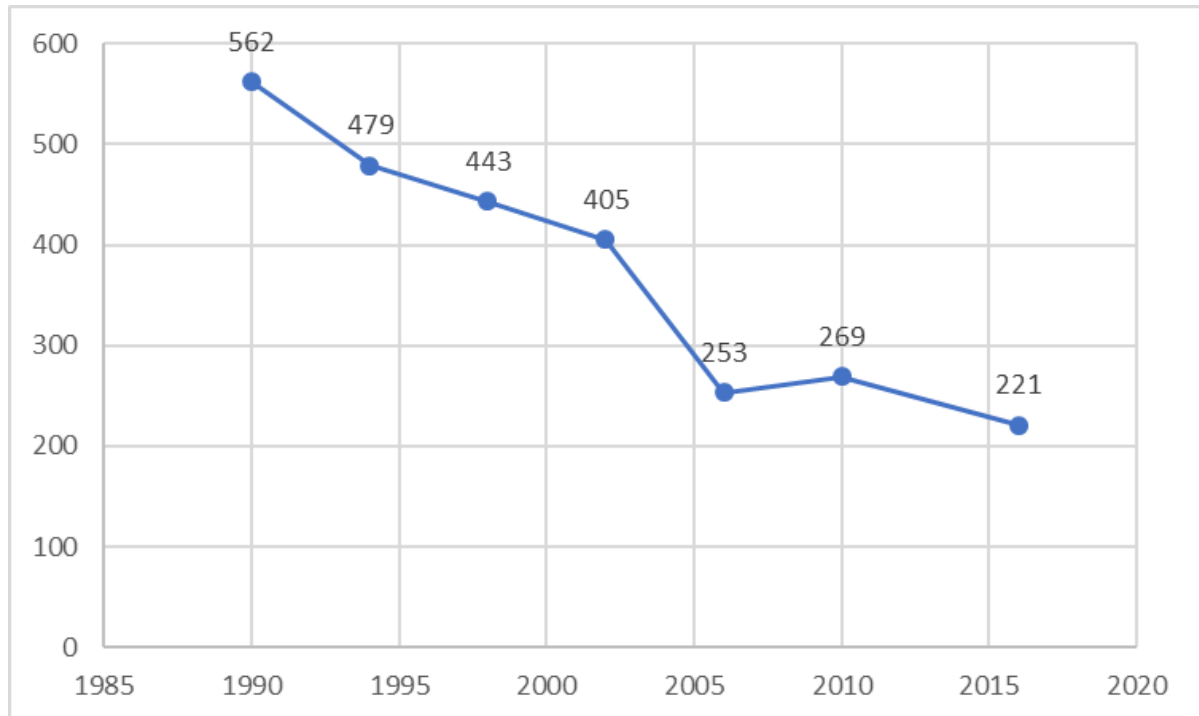
Das Schaubild 1 verdeutlicht, dass die Ausgaben im Bereich Jugendarbeit und außerschulische Bildung zwischen 1991 und 2017 im Verhältnis zu den Gesamtausgaben kaum angewachsen sind. Zudem ist Tabelle 1 zu entnehmen, dass der prozentuale Anteil der Ausgaben für Jugendarbeit an den Ausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen nach dem SGB VIII in diesem Zeitraum von 9,17 % im Jahr 1991 auf 3,89 % gravierend gesunken ist. Für die außerschulische Jugendbildung reduziert sich dieser Anteil von 2,5 % auf 1,56 % von 1991 bis zum Jahr 2008.

Angebote der politischen Jugendbildung werden üblicherweise in Jugendbildungsstätten durchgeführt oder von Jugendbildungseinrichtungen verantwortet. Aus diesem Grund lässt auch ein Blick auf die Entwicklungen im Bereich der Jugendtagungs- und Jugendbildungsstätten<sup>11</sup> Rückschlüsse auf Veränderungen im Bereich der politischen Jugendbildung zu. Betrachtet man die Angaben zur Entwicklung

<sup>11</sup> Zu diesen Kategorien gibt es folgende Erläuterungen im Erhebungsinstrument: „Jugendtagungsstätten sind regionale oder überregionale Einrichtungen, in der Regel ohne hauptamtliches pädagogisches Personal, mit Tagungs-, Übernachtungs-, Verpflegungs- und Freizeitmöglichkeiten, in denen regelmäßige Bildungsveranstaltungen durchgeführt werden; Jugendbildungsstätten stehen ganz oder überwiegend für Veranstaltungen der außerschulischen Jugendbildung einschließlich der

dieser Einrichtungen zwischen 1990 und 2016 so ist ein massiver Rückgang von 562 um mehr als die Hälfte auf 221 Institute zu registrieren. Für das Jahr 2010 ist gegenüber 2006 zwar ein leichter Anstieg zu verzeichnen, der jedoch bis zum Jahr 2016 wieder deutlich abgebaut wird.

**Schaubild 2: Anzahl der Jugendtagungs- und Jugendbildungsstätten von 1990 bis 2016<sup>12</sup>**



Mitarbeiterschulung / Mitarbeiterinnenschulung zur Verfügung. Sie verfügen über eigenes pädagogisches Personal, das eigene Maßnahmen anbietet. Nicht hierzu gehören Einrichtungen der Erwachsenenbildung.“ Auskunft per E-Mail durch das Statistische Bundesamt vom 15.10.2019.

<sup>12</sup> Zusammenstellung nach Daten des Statistischen Bundesamts für die Jahre 1990, 1994, 1998, 2002, 2006, 2010, 2016.

1990: Einrichtungen der Jugendhilfe am 31.12.1990, Excel-Tabelle nach Auskunft des Stat. Bundesamts, per Mail an den Verfasser am 28.05.2019

1994: Einrichtungen der Jugendhilfe am 31.12.1994, Excel-Tabelle nach Auskunft des Stat. Bundesamts, per Mail an den Verfasser vom 28.05.2019

1998: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe. Tabelle 1: Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, ohne Seitenzahl, Spalte „Insgesamt“, Position 36. Wiesbaden 2005, erschienen im August 2005

2002: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe. Revidierte Ergebnisse. Tabelle 1: Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, ohne Seitenzahl, Spalte „Insgesamt“, Position 36. Wiesbaden 2004. erschienen am 29. November 2004.

2006: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe: Einrichtungen und tätige Personen (ohne Tageseinrichtungen für Kinder) 2010. Revidierte Ergebnisse. Tabelle 70 „Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Tageseinrichtungen für Kinder), ohne Seitenzahl, Spalte „Insgesamt“, Position 24. ohne Seitenzahl. Wiesbaden 2008, erschienen am 26.05.2008, korrigiert am 29.08.2008.

2010: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe: Einrichtungen und tätige Personen (ohne Tageseinrichtungen für Kinder) 2010. Tabelle 70: „Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Tageseinrichtungen für Kinder)“, S. 13, Spalte „Insgesamt“, Position 24. Wiesbaden 2012, erschienen am 27.01.2012.

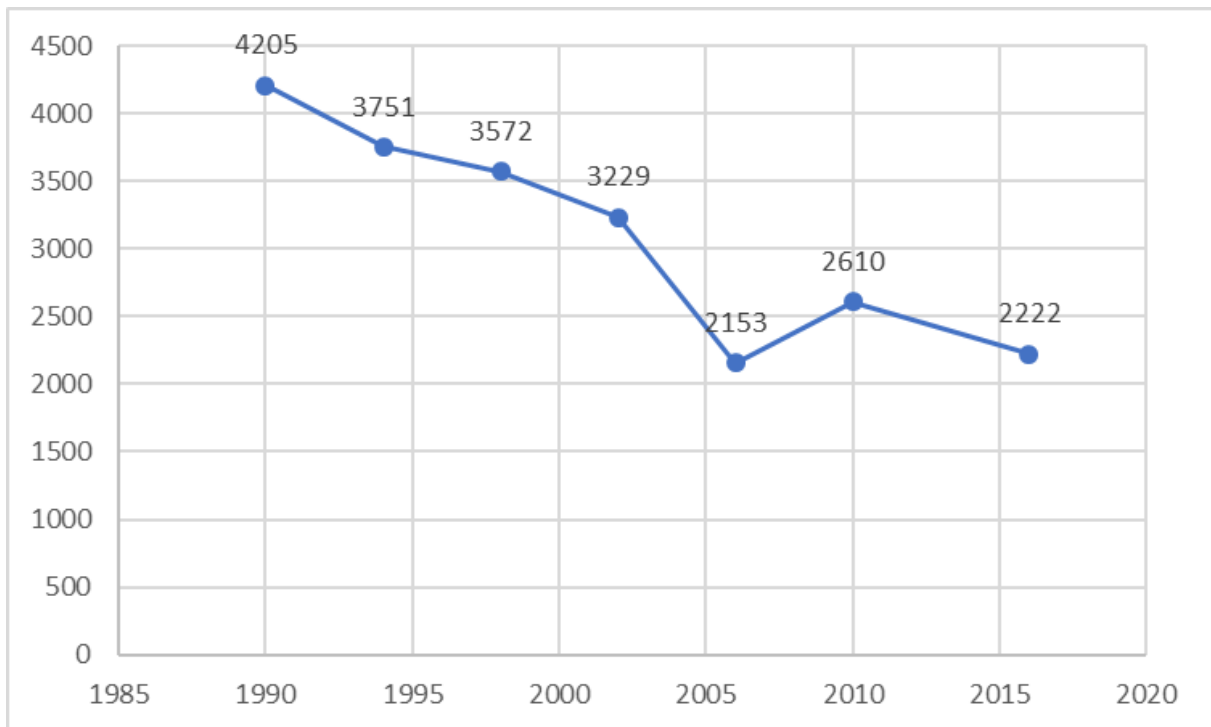
Sicherlich sind bei der Bewertung dieses Trends auch Faktoren zu berücksichtigen wie, dass sich z. B. Konzepte politischer Jugendbildung verändert haben, neue Lernorte entdeckt worden sind oder sich die Bildungsinteressen sowie das verfügbare Zeitbudget von Jugendlichen verändert haben. Eine wesentliche Ursache für diesen Rückgang dürfte jedoch sein, dass einzelne Träger ihre Bildungseinrichtungen aufgrund unzureichender öffentlicher Förderung oder mangelnder verfügbarer Eigenmittel schließen mussten oder sich aus finanziellen Überlegungen aus der außerschulischen Jugendbildung zurückgezogen und sich anderen Arbeitsfeldern zugewandt haben. Festzuhalten ist, dass die traditionellen Gelegenheiten für Angebote der außerschulischen Jugendbildung und damit auch für die politische Jugendbildung in dem für diese Expertise ausgewerteten Zeitraum in sehr erheblichem Umfang verschwunden sind.

Diese Einschätzung wird bestätigt, wenn man die Entwicklung der Zahl der Beschäftigten in diesen Einrichtungen näher betrachtet. Zu beachten ist, dass in den verfügbaren Zeitreihen des Statistischen Bundesamts die Angaben zu den Beschäftigten nicht weiter nach Qualifikation und Funktion in den Einrichtungen differenziert werden, da die Auswertung der Daten im Untersuchungszeitraum nach unterschiedlichen Kategorien erfolgt.

Die Entwicklung der Zahl der Beschäftigten folgt, wie die Schaubild 3 zeigt, einem vergleichbaren Trend wie bei der Anzahl der Institute. Während im Jahr 1990 noch 4.205 Beschäftigte in Jugendtätigkeits- und Jugendbildungsstätten gezählt werden, sinkt diese Zahl – nach einem leichten Anstieg von 2006 bis 2010 – im Jahr 2016 auf 2.222.

2016: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Einrichtungen und tätige Personen (ohne Tageseinrichtungen für Kinder) 2016. Tabelle 70: Einrichtungen am 31.12.2016 nach Art der Einrichtung/Behörde sowie nach Anzahl der tätigen Personen, S. 9, Spalte „Insgesamt“, Position 22. Wiesbaden 2018, erschienen am 28.02.2018.

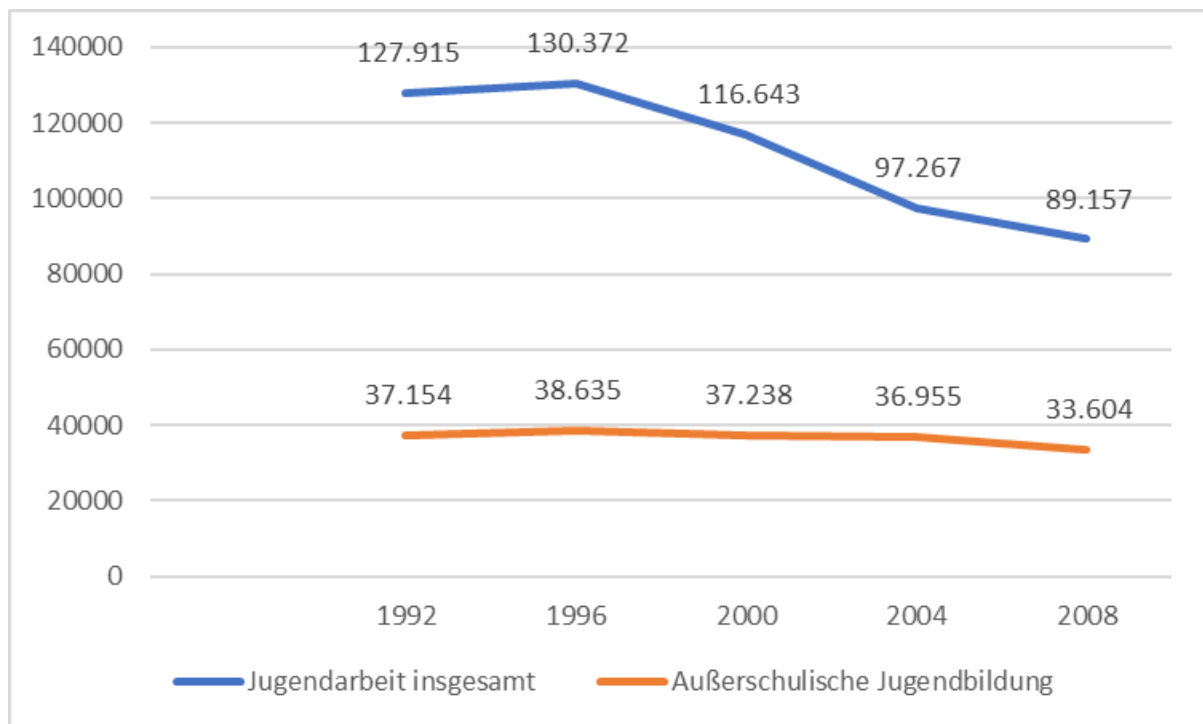
**Schaubild 3: Zahl der Beschäftigten in Jugendtagungs- und Jugendbildungsstätten von 1990 bis 2016**



Sowohl die Daten zu den Veränderungen bei der Zahl der Jugendtagungs- und Jugendbildungsstätten als auch der Angaben zu den Beschäftigten belegen einen massiven Rückgang der Gelegenheiten und des Personals der außerschulischen Jugendbildung. Das lässt auch auf eine einschneidende Reduzierung der Möglichkeiten der politischen Jugendbildung in der Kinder- und Jugendhilfe schließen, denn es ist nicht anzunehmen, dass ausgerechnet der Bereich der politischen Jugendbildung von dieser Reduzierung ausgenommen sein sollte.

Wenn jedoch die Entwicklung der Maßnahmen der Jugendarbeit und in diesem Kontext der außerschulischen Jugendbildung genauer unter die Lupe genommen werden, dann lässt sich ein vergleichbarer Trend nicht bestätigen.

**Schaubild 4: Entwicklung der Angebote der Jugendarbeit und der außerschulischen Jugendbildung zwischen 1992 und 2008<sup>13</sup>**



Demnach verzeichnen die Maßnahmen der Jugendarbeit insgesamt einen spürbaren Anstieg zwischen 1992 von 127.915 auf 130.372 im Jahr 1996, um dann bis zum Jahr 2008 auf 89.157 zu sinken. Demgegenüber steigen die Angebote der außerschulischen Jugendbildung zwar auch zwischen 1992 und 1996 leicht an, bleiben dann bis einschließlich 2004 auf dem Niveau der vorhergehenden Erhebungszeitpunkte, um bis 2008 auf 33.604 zurückzugehen. Über den Zeitraum von 1992 bis 2008 stieg der Anteil der Angebote der außerschulischen Jugendbildung an den Maßnahmen der Jugendarbeit von ca. 29 % auf ca. 37,5 %. Die im Schaubild 4 sichtbare Entwicklung kann eigentlich nur so interpretiert werden, dass die Zahl der Angebote im Bereich der Jugendarbeit noch deutlicher zurückgegangen sind als die der außerschulischen Jugendbildung. Aufgrund der Neukonzeption der Kinder- und Jugendhilfestatistik wurde die Zeitreihe mit diesen Kategorien über das Jahr 2008 hinaus nicht fortgeschrieben.

Daten zu den Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit liegen dann erst wieder nach der neuen Systematik für das Jahr 2015 vor. Demnach wurden insgesamt 140.528 Angebote erfasst. Davon wurden 19.339 als offene Angebote<sup>14</sup> (dazu zählen einrichtungsbezogene, aber auch aufsuchende Aktivitäten), 23.841 als gruppenbezogene Angebote (hierbei kann es sich um Gruppen im Kontext der Arbeit von Jugendverbänden aber auch um regelmäßige Angebote für Gruppen in Einrichtungen handeln) und

<sup>13</sup> Statistisches Bundesamt (2009): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Maßnahmen der Jugendarbeit 2008, nach Tabelle: Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen der Jugendhilfe, S. 43.

<sup>14</sup> Zur Erläuterung der Kategorien siehe auch: Gathen-Huy, Julia v.d.; Pothmann, Jens; Schramm, Konstantin (2013): Ein Feld macht sich sichtbar(er) – Vorschläge für die Neukonzeption eines Erhebungskonzeptes der amtlichen Statistik für die Kinder- und Jugendarbeit, in: deutsche jugend, Heft 9/2013, S. 390-398.

97.348 als Veranstaltungen und Projekte (zu dieser Kategorie zählen z. B. besondere Projekte und Aktionen, Feste, Konzerte, aber auch Seminare und Weiterbildungen) eingeordnet.<sup>15</sup>

Die Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Darstellung von Struktur und Angeboten der Jugendarbeit in der reformierten Statistik der Kinder- und Jugendhilfe im Jahr 2017. In der Statistik sind insgesamt 147.264 Angebote aufgeführt. Davon betreffen ca. 15 % die Offenen Angebote, ca. 18 % die Gruppenbezogenen Angebote und ca. 67 % Veranstaltungen und Projekte. Demnach sind mehr als zwei Drittel der Aktivitäten der Jugendarbeit als Veranstaltungen und Projekte einzuordnen. Bei den Themenschwerpunkten werden in allen drei Kategorien ‚Spiele‘ am häufigsten genannt, bei den offenen Angeboten folgen auf den nächsten Plätzen ‚Sport‘ und ‚Kunst und Kultur‘, bei den Gruppenbezogenen Angeboten nehmen ‚Kunst und Kultur‘ und ‚Gesellschaft, Religion und Kultur‘ die nächsten Ränge ein, bei Veranstaltungen und Projekten sind dies ‚Gesellschaft, Religion und Kultur‘ und danach ‚Sport‘. Zu beachten ist, dass ca. 19 % der Aktivitäten keiner der vorgegebenen Kategorien zugerechnet werden, ein relativ hoher Anteil.

**Tabelle 2: Überblick über Struktur und Themenschwerpunkte der Angebote der Jugendarbeit im Jahr 2017 (Bei den Themenschwerpunkten sind Mehrfachnennungen möglich)**

	Angebotstyp			
	Gesamt	Offene Angebote	Gruppenbezogene Angebote	Veranstaltungen und Projekte
Angebote	147.264	22.430	26.444	98.390
in Prozent	100	15,23	17,95	66,81

Themenschwerpunkte				
Natur und Umwelt	18.895	1.883	3.217	13.795
Handwerk und Technik	9.938	1.893	2.419	5.626
Rettung- und Hilfetechniken	6.364	263	1.419	4.682
Gesellschaft, Religion und Kultur	<b>37.192</b>	3.749	<b>7.278</b>	<b>26.165</b>
Medien	10.342	2.658	1.501	6.183
Hauswirtschaft	6.747	2.027	1.724	2.996
Kunst und Kultur	33.771	<b>4.741</b>	<b>6.974</b>	22.056

<sup>15</sup> Statistisches Bundesamt (2019): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Angebote der Jugendarbeit 2017; zu den Angaben für die Jahre 2015 und 2017 siehe die Tabelle: ZR Angebote der Jugendarbeit ab 2015 nach Angebotsart, Angebotstyp und Berichtsjahr, S. 42.



Spiele	<b>53.567</b>	<b>10.522</b>	<b>9.788</b>	<b>32.957</b>
Sport	<b>35.922</b>	<b>6.194</b>	5.792	<b>23.936</b>
Brauchtum	7.403	747	1.351	5.305
Didaktik und Methodik	11.385	478	1.183	9.724
Geschlecht und Aufklärung	5.729	1.162	1.379	3.188
Gewaltprävention	7.878	1.474	1.285	5.119
Hausaufgaben- und Lernbetreuung	3.499	1.499	1.083	917
Beratungsgespräche	6.759	3.089	1.378	2.292
Sonstige	<b>27.612</b>	3.598	4.167	19.847
Kein Schwerpunkt	7.127	2.128	695	4.304

Werden die Angaben zu den Angeboten der Jugendarbeit im Jahr 2008 mit den Zahlen für die Jahre 2015 und 2017 verglichen, dann ist innerhalb dieser Zeitspanne ein deutlicher Anstieg der Angebote der öffentlich geförderten Jugendarbeit zu verzeichnen. Der für den Zeitraum von 1992 bis 2008 zu beobachtende Trend eines deutlichen Rückgangs der Angebote hat sich bis 2017 umgekehrt und nach den bloßen Zahlen ist ein deutlich signifikanter Anstieg zu konstatieren. Bei der Interpretation der Daten ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Kategorien zur Erfassung der Angebote der Kinder- und Jugendarbeit nicht sehr präzise sind und ihre Aussagekraft noch genauer reflektiert werden müsste. Wobei auch diskutiert werden müsste, ob die Angaben in früheren Phasen zu niedrig ausgefallen sind oder von welchen Unsicherheiten die aktuellen Zahlen begleitet sind. Auf jeden Fall ist festzuhalten, dass nur die öffentlich geförderten Aktivitäten von anerkannten Trägern durch die Statistik erfasst werden, weitere Aktivitäten von Verbänden, Initiativen, von Religionsgemeinschaften oder kommerzieller Natur werden von den regelmäßigen Befragungen nicht wahrgenommen.

Aus der Perspektive dieser Expertise ist äußerst bedauerlich, dass aus den Daten kaum noch aussagekräftige Rückschlüsse zur Entwicklung und zum Stellenwert der politischen Jugendbildung in der Jugendarbeit gezogen werden können. Sie kann sich in offenen Angeboten in Einrichtungen realisieren, kann im Rahmen aufsuchender Aktivitäten stattfinden, kann in kontinuierlichen Gruppentreffen erfolgen und selbstverständlich auch in Veranstaltungen und Projekten. Werden die Angaben zu den thematischen Schwerpunkten der Kinder- und Jugendarbeit in den Blick genommen, dann stehen ‚Spiel‘ und ‚Sport‘ an sehr prominenter Stelle. Deutlich wird jedoch auch, dass einem großen Teil der Aktivitäten zu den Themen ‚Gesellschaft, Religion und Kultur‘, ‚Kunst und Kultur‘, ‚Natur und Umwelt‘, ‚Medien‘, ‚Geschlecht und Aufklärung‘ aber auch zu ‚Didaktik und Methodik‘ ein Bildungsanspruch immanent sein dürfte und dies auch Themen der politischen Jugendbildung sind bzw. sein können. Es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob mit diesen Angaben die im 15. Kinder- und Jugendbericht geforderte Neugestaltung der politischen Bildung reflektiert werden kann und die dort ebenfalls formulierte These,

dass sich Kinder- und Jugendarbeit wieder ihrer Bedeutung als Bereich der politischen Sozialisation bewusst werden müsse, geprüft werden kann.<sup>16</sup>

<sup>16</sup> Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. 15. Kinder- und Jugendbericht. Berlin, S. 471.

### 3 Außerschulische politische Jugendbildung im Kinder- und Jugendplan des Bundes

Das wichtigste Instrument zu einer regelmäßigen Förderung der politischen Jugendbildung auf Bundesebene ist der Kinder- und Jugendplan des Bundes. Eingeführt als Jugendplan im Jahr 1950, um einen Beitrag zur Überwindung sozialer und beruflicher Notlagen von Jugendlichen in der Nachkriegszeit zu leisten, hat er sich zu einem zentralen Förderinstrument für die jugendpolitischen Initiativen des Bundes entwickelt. Schon im ersten Jugendplan waren Zuwendungen für die Förderung der Jugendverbände, den internationalen Jugendaustausch, zentrale Führungsaufgaben und die staatspolitische Erziehung vorgesehen. Nach der Implementierung weiterer Förderschwerpunkte in den darauffolgenden Jahren wurde im 7. Jugendplan im Jahr 1956 ein eigenständiges Programm zur politischen Bildung für die nicht-organisierte Jugend eingeführt<sup>17</sup>, übrigens parallel zur Einrichtung eines Schwerpunkts zur Förderung der musischen Bildung. Das Anliegen einer staatspolitischen Erziehung wandelte sich zur allgemeinen politischen Jugendbildung. Dieses Programm bildete die Grundlage für den Aufbau und die Stärkung einer pluralen bundesweiten Trägerlandschaft der politischen Jugendbildung in der alten Bundesrepublik, maßgeblich unterstützt durch Zuwendungen zu Personalstellen für Jugendbildungsreferent\*innen und Bundestutor\*innen. Ab den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde dieses Programm dann unter dem Titel „Politische Bildung außerhalb der Jugendverbände“ weitergeführt. In Verbindung mit einer Überarbeitung der Richtlinien wurde der Bundesjugendplan im Jahr 1993 zum Kinder- und Jugendplan des Bundes<sup>18</sup> (KJP) und der Titel des Programms lautete nun „Politische Bildung“.

Wesentliche Ziele der Förderung aus Mitteln des KJP sind „die Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit der Kinder- und Jugendhilfe und die Qualitätsentwicklung ihrer Aufgabenwahrnehmung in sämtlichen Handlungsfeldern“<sup>19</sup>, die Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige, bundeszentrale Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe zu sichern und zu stärken und einen Beitrag zu fachlichen und fachpolitischen Weiterentwicklungen in der Breite der Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe zu leisten.

#### 3.1 Förderung der politischen Jugendbildung aus Mitteln des KJP-Programms „Politische Bildung“

In diesem Abschnitt der Expertise wird die Förderung der politischen Jugendbildung aus Mitteln des KJP-Programms „Politische Bildung“ von 1989 bis 2017 nachgezeichnet und im Kontext der Entwicklung der Programme zur Förderung der Jugendverbände und der kulturellen Bildung reflektiert. Diese beiden Handlungsfelder wurden zum Vergleich ausgewählt, da sie seit der Einführung des Bundesjugendplans bestehen (Jugendverbände) oder parallel zur Förderung der politischen Jugendbildung (kulturelle Bildung) implementiert worden sind. Mit dem Inkrafttreten der neuen Richtlinien zum KJP ab

<sup>17</sup> Deutscher Bundesjugendring (Hrsg.) (2001): Eine wechselvolle Geschichte. 50 Jahre Kinder- und Jugendplan des Bundes, S. 35.

<sup>18</sup> Deutscher Bundesjugendring (Hrsg.) (2001): Eine wechselvolle Geschichte. 50 Jahre Kinder- und Jugendplan des Bundes. Berlin, S. 7.

<sup>19</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016): Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen und Leistungen zur Förderung der Kinder- und Jugendhilfe durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) vom 29.09.2016 in: Gemeinsames Ministerialblatt, Nr. 41 vom 12. Oktober 2016, S. 804.

dem Jahr 2017 werden diese Programme nicht mehr getrennt im entsprechenden Einzelplan des Haushalts des BMFSFJ im Abschnitt Kinder- und Jugendpolitik ausgewiesen, sondern sind dort – orientiert an den Regelungen des SGB VIII gemeinsam im Abschnitt Projektförderung unter dem Titel Kinder- und Jugendarbeit aufgeführt. Deshalb kann ab dem Jahr 2018 aus dem Haushaltsplan für das BMFSFJ die Aufteilung der Zuwendungen auf die drei Handlungsfelder nicht mehr differenziert abgelesen werden.

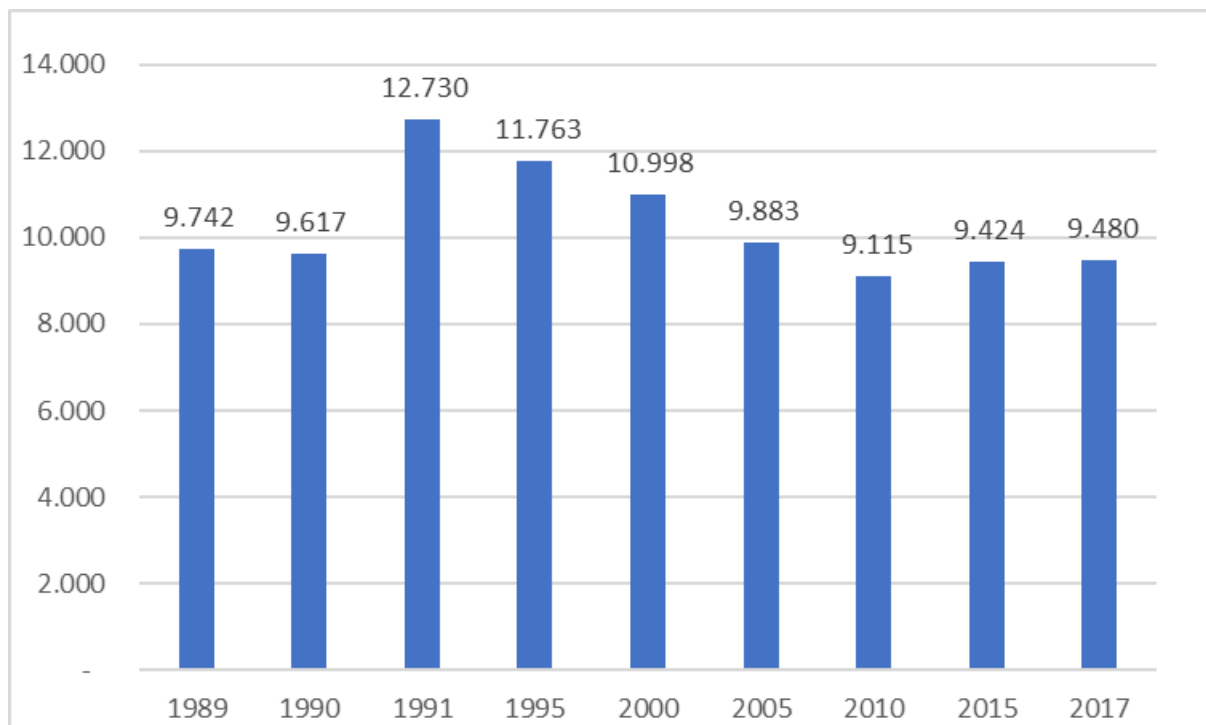
Bei der Bewertung der Daten ist zu beachten, dass eine Analyse der quantitativen Entwicklung des Programms „Politische Bildung“ nicht als Aussage über den Umfang der Förderung der politischen Jugendbildung aus Mitteln des KJP verstanden werden kann. Bildungsveranstaltungen, Seminare, Projekte, Aktionen und andere Aktivitäten der politischen Jugendbildung werden auch von den Jugendverbänden durchgeführt, die sich u.a. als „lebendige Werkstätten der Demokratie“ verstehen oder Teile der Angebote der kulturellen Bildung, der Jugendsozialarbeit oder der Jugendmigrationsdienste werden von den Akteuren als politische Bildung verstanden. Dieses Verständnis der eigenen Arbeit in den genannten Handlungsfeldern gründet in der in § 11, Absatz 1 des SGB VIII kodifizierten Zielsetzung von Jugendarbeit: „Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.“

In diesem Abschnitt der Expertise steht die Analyse der Entwicklung der Zuwendungen zur Förderung einer bundesweiten, vielfältigen, leistungsfähigen und bewährten Infrastruktur der allgemeinen politischen Jugendbildung als Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe im Zentrum, die über ein umfangreiches Netzwerk an Organisationen und Einrichtungen in der Landschaft der freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe verfügt, die sich auch als Akteure einer lebendigen Zivilgesellschaft in einer demokratischen Gesellschaft verstehen.

Nach den Daten für das Jahr 1989 sind im Rahmen des KJP-Programms „Politische Bildung“<sup>20</sup> für Vorhaben und für Personal der politischen Jugendbildung insgesamt 9,742 Mio. EURO an Zuwendungen ausgegeben worden. Für das Jahr 1990 zeigen die Zahlen einen leichten Rückgang, während für das Jahr 1991 im Kontext der deutsch-deutschen Vereinigung die Ausgaben im Programm „Politische Bildung“ erheblich auf 12,73 Mio. erhöht wurden. Doch schon in den darauffolgenden Jahren stehen für die politische Jugendbildung weniger Mittel aus dem KJP zur Verfügung. Bis zum Jahr 2010 reduzieren sich die Zuwendungen für die politische Jugendbildung auf 9,115 Mio. EURO, das entspricht einer Kürzung zwischen 1991 bis 2010 um 28,4 %. Zwischen 2010 und 2017 ist ein leichter Anstieg der Mittel für das Programm „Politische Bildung“ zu verzeichnen. Doch der Ansatz für dieses Programm liegt mit 9,48 Mio. EURO im Jahr 2017 immer noch leicht unter dem Niveau für 1989 mit 9,742 Mio. EURO.

<sup>20</sup> Bei der Zusammenstellung der Daten zur Entwicklung der verschiedenen Ansätze im Kinder- und Jugendplan sind für das Programm „Politische Bildung“ immer die Angaben für „Allgemeine Politische Bildung“ in den Haushaltsplänen des BMFSFJ eingesetzt worden. Die Ansätze für „Politische Bildung“ insgesamt enthalten z. B. für die Jahre 1991 bis 1993 Mittel für ein Wissenschaftliches Beratungszentrum „Jugend für Europa“ und für den Zeitraum von 2002 bis 2015 Mittel für Jugendinformation. Weiterhin bin ich von der zuständigen Referatsleitung im BMFSFJ darauf aufmerksam gemacht worden, dass die Ansätze für das Programm „Politische Bildung“ über die verschiedenen Jahre keiner völlig eindeutigen Systematik folgen. Verschiedene Akteure oder Vorhaben des Ministeriums können kurzzeitig einzelnen Programmen zugerechnet worden sein, zu einem späteren Zeitpunkt als eigenständige Position im KJP auftauchen oder dann einem anderen Programm zugeordnet worden sein. Ich gehe jedoch davon aus, dass der aus den Daten ablesbare Trend für die Förderung der politischen Jugendbildung die Wirklichkeit der Förderung zutreffend abbildet.

**Schaubild 5: Zuwendungen im KJP-Programm Politische Bildung in 1.000 EURO<sup>21</sup>  
(bis 2016 IST-Daten, 2017-SOLL-Daten; 1989 bis 2000 Umrechnung DM in EURO)**



Wird die Steigerung der Preise und das Wachstum der Löhne und Gehälter bei dieser Entwicklung berücksichtigt, dann muss für den Zeitraum von 1989 bis 2017 von einer gravierenden Kürzung der Mittel für die politische Jugendbildung im KJP ausgegangen werden. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts ist der Verbraucherpreisindex zwischen 1991 und 2017 um 55,7 % angestiegen. Unter Berücksichtigung dieser Erhöhung müsste auf der Basis der Förderung im Jahr 1989 der Ansatz für die Zuwendungen zur politischen Jugendbildung im Jahr 2017 mindestens ca. 15,5 Mio. EURO betragen. Mit dieser Erhöhung würde jedoch lediglich der Kaufkraftverlust ausgeglichen werden. Die aus der Vereinigung der beiden deutschen Staaten resultierende erweiterte Zuständigkeit der politischen Jugendbildung für einen größeren Raum ist bei dieser Berechnung noch nicht berücksichtigt. Außerdem geht diese Berechnung ungeprüft davon aus, dass der Stand der Förderung der politischen Jugendbildung im Jahr 1989 dem Bedarf entsprochen hat. Diese Annahme ist aufgrund der Debatten um die Förderung der politischen Jugendbildung aus Mittel des KJP in den 1980er Jahren nicht zu begründen. Bereits in dieser Phase mussten die in der GEMINI zusammenarbeitenden bundeszentralen Träger der politischen Jugendbildung mehrere Kürzungsrunden der Zuwendungen aus dem Programm „Politische Bildung“ verkraften.<sup>22</sup> Für die Bestimmung eines adäquaten Zuwendungsbetrags für die Gegenwart

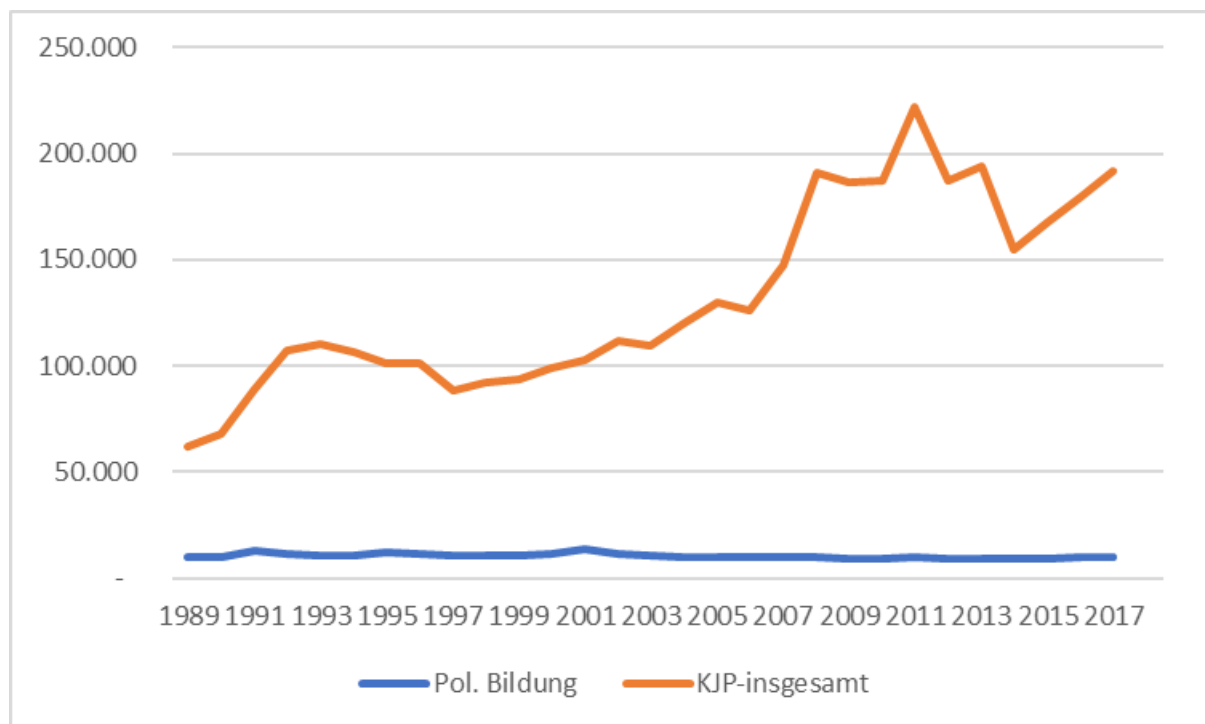
<sup>21</sup> Die Zusammenstellung der Daten für die Schaubilder 5 bis 9 erfolgte nach den Haushaltsplänen des Bundes (BT-Drucksachen), Einzelpläne für das Jugendministerium für die Jahre 1989 bis 2017. In Tabelle 6 im Anhang der Expertise sind die Daten für die verschiedenen Jahre und die ausgewählten KJP-Programme aufgelistet.

<sup>22</sup> Waldmann, Klaus (2017): Die GEMINI – ein Netzwerk der politischen Jugendbildung. In: Reitemeyer, Michael u.a. (Hrsg.): Politische Bildung stärken – Demokratie fördern. Beiträge zur Geschichte und Aktualität von politischer Bildung. Frankfurt/Main, siehe S. 178ff.

müssten auch die neuen Herausforderungen durch gesellschaftliche, technische und politische Entwicklungen berücksichtigt werden.

Die grafische Darstellung zum Vergleich der Entwicklung der Mittel für den KJP insgesamt und für das Programm „Politische Bildung“ zeigt einen deutlichen Wachstumstrend des Ansatzes für den KJP insgesamt, während die Mittel für die politische Jugendbildung, wie auch in Schaubild 5 sichtbar ist, auf gleichem, niedrigen Niveau verbleiben. Wird dieser Trend über den Zeitraum von 1989 bis zur Gegenwart betrachtet, kann durchaus von einem langsamen Austrocknen der Förderung der Infrastruktur der politischen Jugendbildung gesprochen werden.

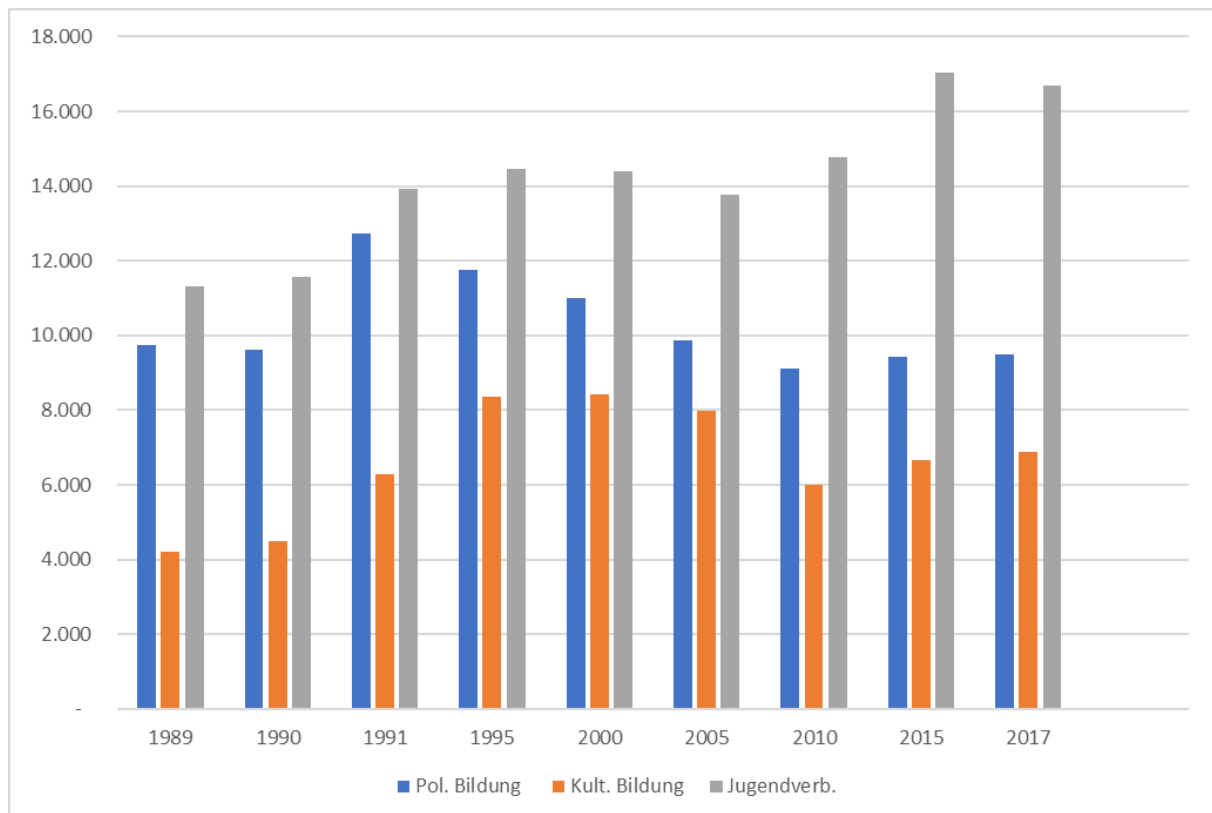
**Schaubild 6: Trends der Zuwendungen aus Mitteln des KJP insgesamt und im Programm „Politische Bildung“ im Zeitraum von 1989 bis 2017 (Angaben in 1.000 EURO)**



Das Schaubild 6 zeigt, dass das Volumen des KJP zwischen 1989 und 2017 massiv erhöht wurde. Bedingt durch die deutsch-deutsche Vereinigung, aber auch durch neue jugendpolitische Schwerpunkte der jeweiligen Bundesregierung stellt sich der KJP als ein dynamisches Förderinstrument dar, dessen Mittel sich mit verschiedenen Schwankungen über den Zeitraum von 1991 mit 89,230 Mio. EURO bis zum Ansatz für das Jahr 2019 mit 187,968 Mio EURO mehr als verdoppelt haben. Um die Faktoren dieses Wachstums genauer einschätzen zu können, müsste die Entwicklung der verschiedenen Programme im KJP und mögliche Erweiterungen des Förderinstruments um neue Aufgaben oder nach Auslagerungen von Aufgaben aus dem KJP in andere Ansätze des Haushalts im Detail genauer analysiert werden. Für die Fragestellung dieser Expertise ist dies an dieser Stelle nicht erforderlich. Es ist jedoch wichtig festzuhalten, dass der KJP ein dynamisches, wachsendes Förderinstrument ist, während das Programm „Politische Bildung“ auf einem niedrigen Niveau eingefroren worden ist.

Zwar wurde im Gespräch mit dem zuständigen Referat des BMFSFJ<sup>23</sup> mitgeteilt, dass das Programm „Politische Bildung“ im Jahr 2018 mit insgesamt 11,1 Mio. EURO ausgestattet ist, doch ist zu berücksichtigen, dass ein Aufwuchs gegenüber den vergangenen Jahren aus Mitteln des Nationalen Präventionsprogramms gegen islamischen Extremismus erfolgte und nicht gewährleistet ist, dass diese Mittel nach Auslaufen dieses Programms weiterhin von der politischen Jugendbildung in Anspruch genommen werden können.

**Schaubild 7: Entwicklung der Zuwendungen in den KJP-Programmen „Politische Bildung“, „Kulturelle Bildung“ und „Jugendverbände“ im Zeitraum von 1989 bis 2017 (in 1.000 EURO)**



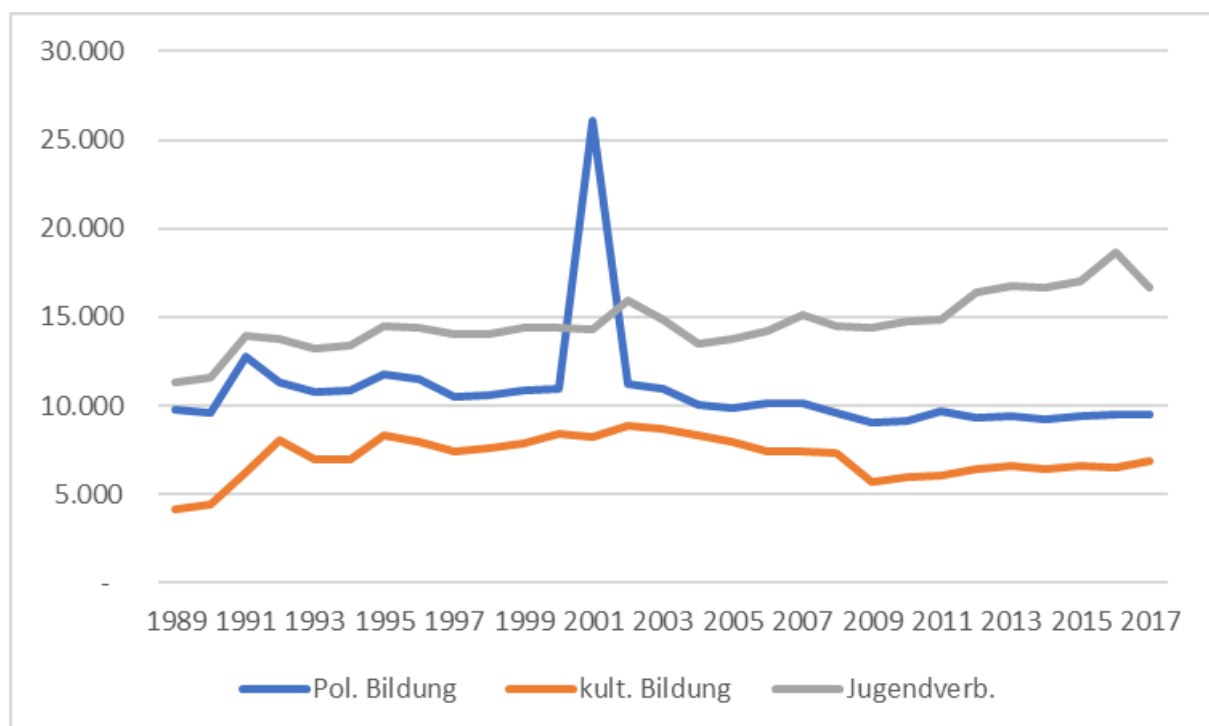
Wird die Entwicklung der Zuwendungen in den Programmen „Politische Bildung“, „Kulturelle Bildung“ und „Jugendverbände“ miteinander verglichen, dann fällt auf, dass der Ansatz im Programm „Politische Bildung“ im Jahr 1991 deutlich ansteigt und in den folgenden Jahren wieder sukzessive reduziert wird, um dann ab dem Jahr 2010 wieder unter das Niveau von 1989/1990 zu sinken. Für die kulturelle Bildung steigen die Mittel bis 1995/2000 langsam an, werden bis zum Jahr 2010 gekürzt, um dann bis 2015/2017 wieder leicht anzusteigen. Die Förderung im Programm „Jugendverbände“ wächst im Jahr 1991 ebenfalls deutlich an und bleibt mit leichten Schwankungen bis zum Jahr 2010 auf ungefähr ähnlichem Niveau und wird bis zum Jahr 2015 wieder merkbar erhöht. In Schaubild 7 wird die Dynamik dieser Entwicklung dargestellt. Erkennbar ist, dass die Förderung im Programm „Kulturelle Bildung“ und im Programm „Jugendverbände“ bezogen auf den Ausgangspunkt 1989/1990 bis in das Jahr 2015/2017 zum Teil erheblich erhöht wurde, während die Mittel für das Programm „Politische

<sup>23</sup> Am 26.06.2019 in Berlin.

Bildung“ bis zu diesem Zeitpunkt wieder unter den Ansatz für 1989/1990 zurückgeführt wurden. Sichtbar ist auch, dass sich die Differenz zwischen der Förderung im Programm „Politische Bildung“ und dem Programm „Jugendverbände“ in diesem Zeitraum spürbar vergrößert hat. War der Ansatz für das Programm „Jugendverbände“ im Jahr 1989 um 1,581 Mio. Euro höher als für das Programm „Politische Bildung“ ist die Differenz bis zum Jahr 2017 auf insgesamt 7,195 Mio. Euro angewachsen. Es wäre nun zu prüfen, ob dieses Wachstum damit in Verbindung zu sehen ist, dass die Zahl der Jugendverbände in diesem Zeitraum deutlich gewachsen ist und ein zusätzlicher Bedarf berücksichtigt werden sollte, bzw. dass andere Förderprogramme im KJP aufgelöst und teilweise in das Programm „Jugendverbände“ übergeleitet worden sind oder ob dies Ausdruck einer anderen Akzentuierung der Förderpolitik ist. Auf jeden Fall ist die Zunahme dieser Differenz, die in leicht geringerem Umfang auch für das Programm „Kulturelle Bildung“ zu identifizieren ist, auffällig.

Diese Einschätzungen werden bestätigt, wenn dieser Trend in den näher betrachteten KJP-Programmen als Linien im Abstand von jeweils zwei Jahren visualisiert wird. Der steile Anstieg der Förderung im Programm „Politische Bildung“ im Jahr 2001 hat seine Ursache darin, dass das BMFSFJ „zusätzlich zu den laufenden und geplanten Maßnahmen im Kinder- und Jugendplan des Bundes 30 Mio. DM im Programm 1 des Kinder- und Jugendplans des Bundes, Politische Bildung als Programm 1.2 „Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus“<sup>24</sup> zur Verfügung gestellt hat. Das Programm 1.2 ist im Jahr darauf in das Aktionsprogramm der Bundesregierung „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ integriert worden.

**Schaubild 8: Entwicklung der Zuwendungen in den KJP-Programmen „Politische Bildung“, „Kulturelle Bildung“ und „Jugendverbände“ im Zeitraum von 1998 bis 2017 (Darstellung in Linien; in 1.000 EURO)**

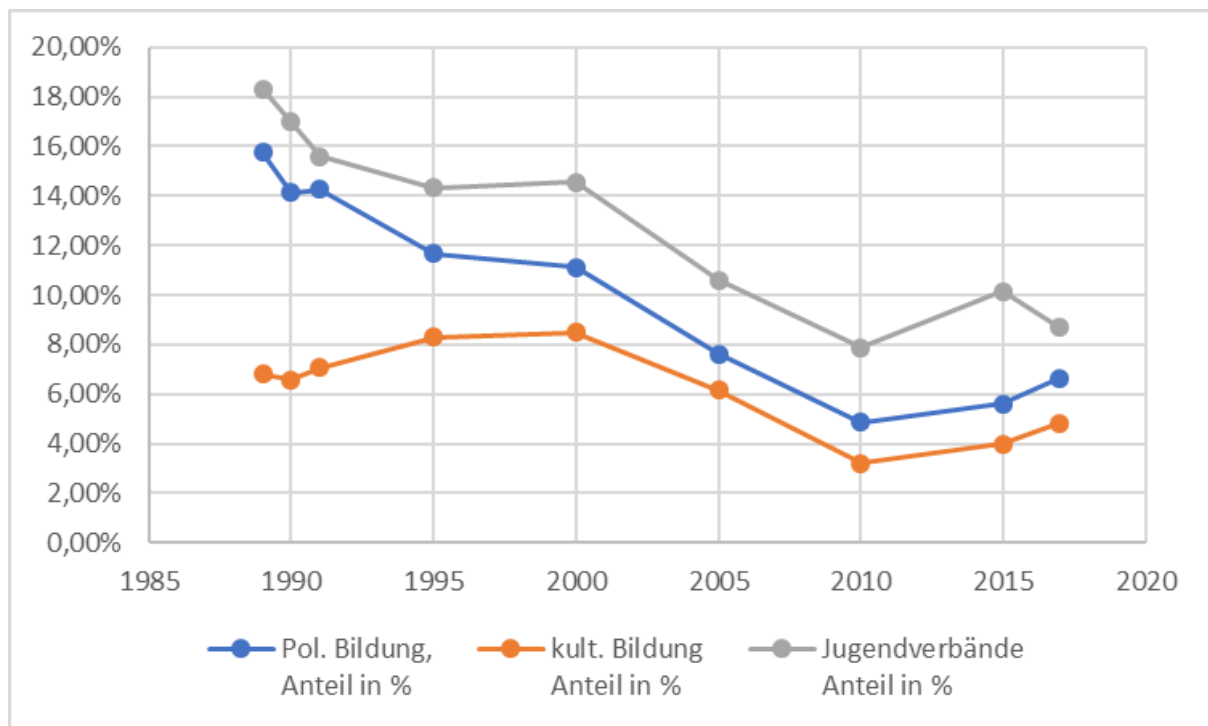


<sup>24</sup> Deutscher Bundestag (2001): Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage „Zukunft gestalten – Kinder und Jugendliche stärken“, BT-Drucksache 14/6415, S.112



Wenn die Entwicklung des Anteils der exemplarisch untersuchten Programme an den Mitteln des KJP insgesamt analysiert wird, dann fällt auf, dass deren Anteil an den Gesamtaufwendungen bis zum Jahr 2010 kontinuierlich sinkt. Nur für das Programm „Kulturelle Bildung“ ist für den Zeitraum von 1989 bis 1995 ein sanfter Anstieg der Quote zu konstatieren. Erst ab 2010 kehrt sich der Trend leicht um, wobei sich für das Programm „Jugendverbände“ die Quote zwischen 2015 und 2017 wieder verringert. Bei der Bewertung dieser Entwicklungen ist zu berücksichtigen, dass Veränderungen der Quoten ihre Ursache auch im Ausbau des KJP haben können oder dass in den KJP neue Aufgaben aufgenommen worden sind und selbstverständlich auch darin, dass für andere Programme des KJP die Ansätze im Haushalt erhöht worden sind. Grundsätzlich ist die weitgehende Stagnation der Mittel für das Programm „Politische Bildung“ bis zum Jahr 2017 in den Schaubildern 5 und 7 ohne Probleme ablesbar.

**Schaubild 9: Anteil der Zuwendungen für die KJP-Programmen „Politische Bildung“, „Kulturelle Bildung“ und „Jugendverbände“ im Zeitraum von 1998 bis 2017 (in Prozent)**



Erhebliche Auswirkungen für die aus Mitteln des KJP-Programms „Politische Bildung“ geförderten Organisationen, Einrichtungen und Verbände hatte die Reform der Richtlinien zum Kinder- und Jugendplan des Bundes, die zum 1. Januar 2001 in Kraft trat. Mit dieser sollte u.a. sichergestellt werden, „dass die Fördermittel des Kinder- und Jugendplan tatsächlich im Kinder- und Jugendbereich zum Einsatz kommen“<sup>25</sup>. Für die Förderung der politischen Jugendbildung hatte das zur Konsequenz, dass eine wesentliche Säule der Unterstützung politischer Jugendbildung in den verschiedenen Einrichtungen, die Förderung der Personalkosten von Jugendbildungsreferent\*innen, die in ein Netzwerk der bundesweit agierenden Organisationen eingebunden sind und dezentral in Einrichtungen dieser Verbände tätig waren, in der bisherigen Form nicht mehr möglich war. Gerade für die sich nach einigen

<sup>25</sup> Deutscher Bundestag (2001): Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage „Zukunft gestalten – Kinder und Jugendliche stärken“, BT-Drucksache 14/6415, S. 60.

Jahren des Aufbaus in den Neuen Bundesländern einigermaßen stabilisierenden Einrichtungen der verschiedenen Verbände brachte diese Reform große Risiken mit sich und führte zu massiven Unsicherheiten in der Finanzierung ihrer Arbeit. In diesem Kontext ist auch darauf hinzuweisen, dass nach dem Finanzvolumen betrachtet, die Bundesanstalt für Arbeit einen wichtigen, jedoch in Hinblick auf die Entwicklung von Strukturen durch befristete Beschäftigungsverhältnisse und bezogen auf vorhandene Zielkonflikte einen nicht unproblematischen Beitrag zum Aufbau der öffentlichen und freien Jugendhilfe und damit auch der politischen Jugendbildung geleistet hat.<sup>26</sup> Denn ein hoher Anteil des Personals der Kinder- und Jugendhilfe in den Neuen Bundesländern wurde im Rahmen von Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen durch die Arbeitsverwaltung finanziert.

Die Reform des KJP im Jahr 2001 war mit gravierenden strukturellen Veränderungen in den Geschäftsstellen der bundesweiten Organisationen auf Bundesebene und insbesondere in Hinblick auf den Einsatz von Jugendbildungsreferent\*innen in den verschiedenen Einrichtungen verbunden. Erst mit einer erneuten Reform der Richtlinien des KJP, die sich auf das Ziel einer Stärkung der bundesweiten Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe und damit auch der politischen Jugendbildung konzentrierte, die zudem mit einer umfangreichen Evaluation verschiedener Programme des KJP durch das Deutsche Jugendinstitut verbunden war, und die nach intensiven Diskussionen zwischen Trägern und im BMFSFJ dann Anfang 2017 in Kraft trat, konnte diese Entwicklung modifiziert werden.

Um ein aktuelles Bild der Landschaft der politischen Jugendbildung zu skizzieren, werden hier einige Erkenntnisse der Evaluation des KJP-Programms „Politische Bildung“ durch das Deutsche Jugendinstitut in den Jahren 2012 bis 2013 zusammengefasst. Die Evaluation hatte das generelle Ziel, den KJP als zentrales jugendpolitisches Förderinstrument des Bundes am Beispiel verschiedener Förderprogramme nach den Kriterien Transparenz, Zielgenauigkeit und Nachhaltigkeit zu analysieren. Die Evaluation hebt hervor, dass sich das Handlungsfeld der außerschulischen politischen Jugendbildung „durch eine lebendige Vielfalt“<sup>27</sup> auszeichnet. Weiter heißt es im Abschlussbericht:

„Diese zeigt sich sowohl anhand der verschiedenen Akteure politischer Jugendbildung als auch hinsichtlich der vielfältigen Zielgruppen, Bildungsorte, didaktisch-methodischen Settings und Themenfelder. Neben öffentlichen Trägern prägen wesentlich auch die freien Träger und Organisationen unterschiedlicher Weltanschauungen die Landschaft außerschulischer politischer Jugendbildung, wie etwa Gewerkschaften, Stiftungen, Bildungsstätten, (Jugend-)Verbände, Kirchen, Volkshochschulen und Stadtteilinitiativen, die ihre Aktivitäten dabei sowohl regional, überregional als auch im Ausland entfalten. Ebenso zahlreich sind die Angebotsformen, wie beispielsweise Austauschprogramme, Studienreisen, Seminare, Gremienarbeit, offene Gruppenarbeit, arbeitsweltbezogene politische Bildung, die u.a. für junge Erwachsene, sozial Benachteiligte, Migrantinnen und Migranten, ehren-, neben- und hauptamtlich in der Jugendhilfe Tätige, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern organisiert und umgesetzt werden“<sup>28</sup>.

In den Jahren 2009 und 2010 sei die Arbeit von insgesamt 34 außerschulischen bundeszentralen Trägern und Einrichtungen in unterschiedlicher Höhe aus Mitteln des KJP-Programms „Politische Bildung“ gefördert worden. Dabei handele „es sich nicht um ein reines Infrastrukturförderprogramm. Es

<sup>26</sup> Santen, Eric van; Seckinger, Mike (2001): Neue Trägervielfalt in Ostdeutschland und ihre Folgen für das (neo)korporatistische System, in: Zeitschrift für Sozialreform, 47. Jg., Heft 47, S. 57.

<sup>27</sup> Katharina Wach u.a. (2014): Evaluation des Kinder- und Jugendplans des Bundes. Endbericht zum KJP-Förderprogramm „Allgemeine Politische Bildung“ (P 01.01). München, S. 17.

<sup>28</sup> Katharina Wach u.a. (2014): ebd.

werden sowohl bundeszentrale Träger und Einrichtungen gefördert, die eine infrastrukturelle Förderung von Personalstellen und entsprechenden Maßnahmen erhalten, als auch Träger und Einrichtungen, die mit dem Fördergeld ausschließlich die praktische politische Bildungsarbeit vor Ort umsetzen<sup>29</sup>.

In der Evaluation wurden verschiedene Typen von Organisationen identifiziert:

- verschiedene Dach- und Fachverbände,
- ein Fachzentrum,
- Akademien und Bildungsstätten,
- bildungsbezogene Initiativen und Vereine,
- sowie der Bundesausschuss Politische Bildung als Dachverband von Dachverbänden und Fachverbänden.

Weiter wird festgehalten, dass sich die Praxis politischer Jugendbildung durch eine hohe Vielfältigkeit von Angeboten und Formaten auszeichne, die auf die spezifische Situation von Kindern und Jugendlichen bzw. von Multiplikatoren bezogen ist:

„Seminare, Fachtagungen, Projekte, aktions- und handlungsorientierte Ansätze, Zusammenwirken in Netzwerken, webbasierte Lern- und Kommunikationsformen. Die Gestaltung der Bildungsangebote bezieht sich insbesondere auf die Prinzipien: Lebenswelt- und Teilnehmendenorientierung, Ressourcenorientierung, Partizipation, Selbststeuerung von Bildungsprozessen, Einbeziehung sämtlicher Dimensionen des Lernens, Methodenvielfalt und Produktorientierung (Reflexion, Präsentation und Veröffentlichung von Lernerfahrungen in medialen Produkten) sowie Handlungsorientierung“<sup>30</sup>.

## 3.2 Aktionsprogramme und Modellprojekte im KJP

Ein Überblick über die Entwicklung der Landschaft der politischen Jugendbildung seit 1990 im Kontext des KJP wäre nicht vollständig, wenn nicht darauf eingegangen würde, dass in den Jahren zwischen 1990 und 2001 im KJP verschiedene Programme eingerichtet worden sind, durch die zumindest teilweise oder gar in erheblichen Anteilen Angebote politischer Jugendbildung gefördert worden sind. So wurde 1990 im KJP z.B. ein Titel für Modellmaßnahmen der Jugendhilfe in den Neuen Bundesländern eingeführt, der bis 1992 geführt wurde. Von 1992 bis 1994 wurde im Rahmen des Programms zum Aus- und Aufbau von Trägern der freien Jugendhilfe insbesondere die Entwicklung von Trägern der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit gefördert, Beratungs- und Kontaktstellen aufgebaut und die Qualifizierung von Fachkräften unterstützt. Ebenfalls im Jahr 1992 wurde das „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG)“ gestartet, das bis 1996 lief und durch das Projekte der Jugendsozialarbeit und der Jugendarbeit finanziert wurden. An beiden Programmen partizipierten auch Einrichtungen und Akteure der politischen Jugendbildung, wenn sich auch der genaue Anteil der politischen Jugendbildung an den Mitteln dieser Programme nicht präzise bestimmen lässt.

Auf das Programm „Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ im Jahr 2001 wurde weiter oben bereits hingewiesen, wobei im Kontext der Begründung dieses Programms auch auf die präventive Funktion politischer Bildung explizit hingewiesen wurde. In der Antwort der Bundesregierung auf eine

<sup>29</sup> Katharina Wach u.a. (2014): ebd., S. 18

<sup>30</sup> Katharina Wach u.a. (2014): Evaluation des Kinder- und Jugendplans des Bundes. Endbericht zum KJP-Förderprogramm „Allgemeine Politische Bildung“ (P 01.01). München, Anhang, S. 127/128

Große Anfrage heißt es u.a.: „Politische Bildung, die auf die Gewinnung eigenständiger und selbstverantworteter Urteile und Handlungen in der Demokratie orientiert ist, ist wichtige Präventionsarbeit“<sup>31</sup>. Der Präventionsgedanke wird dann ab 2002 unabhängig vom KJP in eigenen Aktions- bzw. Bundesprogrammen, zunächst unter der Überschrift „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechts extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ aufgenommen und diese Programme werden bis in die Gegenwart fortgeführt und wurden in den vergangenen Jahren massiv ausgebaut.<sup>32</sup>

Im Herbst 1999 setzte die damalige Leitung des BMFSFJ mit der Einführung des Programms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) einen neuen jugendpolitischen Schwerpunkt in Hinblick auf eine Qualifizierung und Unterstützung von Jugendlichen in sozialen Brennpunkten. Im Fokus stand das Engagement zum Abbau von Jugendarbeitslosigkeit, für die Verbesserung der Chancen zu einer beruflichen Bildung und die Eröffnung von Möglichkeiten der Partizipation Jugendlicher im Kontext ihrer Lebenswelt. Dieses Programm lief bis einschließlich dem Jahr 2006. Weiter wurde ein Programm zur „Stärkung im Umgang mit Medien“ aufgelegt.<sup>33</sup> Darüber hinaus brachte das BMFSFJ im November 2001 die Bundesinitiative Beteiligungsbewegung auf den Weg, die der Partizipation Jugendlicher neue Impulse vermitteln sollte, u.a. mit dem Projekt P, das vom BMFSFJ gemeinsam mit dem Deutschen Bundesjugendring und der Bundeszentrale für politische Bildung realisiert worden ist und an dem sich auch Einrichtungen der politischen Jugendbildung beteiligten. Weiter wurde im Zusammenhang mit dem vom BMFSFJ auf den Weg gebrachten Diskurs um eine „Eigenständige Jugendpolitik“ ab dem Jahr 2012 die Möglichkeit einer Förderung von Projekten der politischen Jugendbildung aus Mitteln eines Innovationsfonds eingeführt. Daran partizipierten auch Einrichtungen und Träger, die nicht am Verfahren einer Regelförderung aus Mitteln des KJP-Programms „Politische Bildung“ beteiligt waren.

Die nähere Betrachtung der Entwicklung der Förderung der politischen Jugendbildung aus Mitteln des KJP und insbesondere durch das Programm „Politische Bildung“ zeigt, dass unmittelbar in Verbindung mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten offensichtlich die Notwendigkeit gesehen wurde, die finanziellen Ressourcen der politischen Jugendbildung deutlich auszubauen. Dieser Ausbau hatte jedoch keinen nachhaltigen Charakter, sondern die Mittel dieses Programms wurden in den Folgejahren sofort wieder reduziert und über den Zeitraum von 1990 bis 2010 kontinuierlich abgebaut. Offensichtlich wurde nicht die Notwendigkeit gesehen – dafür spricht auch die KJP-Reform im Jahr 2001 – eine wirklich leistungsfähige, bundeszentrale Infrastruktur der politischen Jugendbildung zu stärken und auszubauen. Ihre Förderung aus dem Programm „Politische Bildung“ wurde systematisch verringert und ab dem Jahr 2005 quasi eingefroren. Erst ab 2017 verzeichnet das KJP-Programm „Politische Bildung“ einen merklichen Aufwuchs, der jedoch durch zusätzliche Mittel, die der Auseinandersetzung mit Gefährdungen durch religiösen Extremismus gewidmet sind, begründet ist.

Gleichzeitig ist zu beobachten, dass Ansätze einer zeitlich befristeten Projektförderung ausgebaut werden, mit denen zwar nicht explizit Aktivitäten einer allgemeinen politischen Jugendbildung gefördert werden, aber an denen sich politische Jugendbildung beteiligt hat. Diese Ansätze beziehen sich auf die Kinder- und Jugendhilfe insgesamt in den Neuen Bundesländern oder auf einzelne gesellschaftliche

<sup>31</sup> Deutscher Bundestag (2001): Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage „Zukunft gestalten – Kinder und Jugendliche stärken“, BT-Drucksache 14/6415, S. 116.

<sup>32</sup> Vgl. hierzu ausführlicher Kapitel 6 dieser Expertise.

<sup>33</sup> Deutscher Bundestag (2001): Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage „Zukunft gestalten – Kinder und Jugendliche stärken“, BT-Drucksache 14/6415, S. 60.

Phänomene der Lebenswelt Jugendlicher (z. B. Gewalt, Medienkonsum, Rechtsextremismus, Partizipation), die die politische Jugendbildung auch als „ihre“ Themen versteht.

Zudem wäre auf den gesamten Zeitraum bezogen, die Einschätzung zu prüfen, dass an den Mittelsätzen der verschiedenen Programme eine Verstärkung einer sozialpolitischen Orientierung des KJP abzulesen ist.

## 4 Förderung der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung durch die Bundeszentrale für politische Bildung

Die Bundeszentrale für politische Bildung wurde im Jahr 1952 als „Bundeszentrale für Heimatdienst“ gegründet. Nach § 2 des aktuellen Erlasses über die Bundeszentrale hat sie die Aufgabe, „durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken“<sup>34</sup>. Ein für die Entwicklung der Landschaft der politischen Bildung außerordentlich wichtiger Arbeitsbereich der Bundeszentrale ist die Förderung von Seminaren und Tagungen gesellschaftlicher Bildungsträger. Voraussetzung für eine regelmäßige Förderung ist ein erfolgreich abgeschlossenes Anerkennungsverfahren, das alle Einrichtungen, die in der politischen Bildung tätig sind, beantragen können. Eine Anerkennung erfolgt auf der Basis definierter Kriterien.

Die Begründung, eine Betrachtung der Förderung der Tätigkeit von Einrichtungen der politischen Bildung durch die Bundeszentrale in diese Expertise einzubeziehen, liegt darin, dass sie im Jahr 1998 das Alter der geförderten Teilnehmenden auf 16 Jahre herabgesetzt hat und damit auch Aktivitäten der Träger im Bereich der politischen Jugendbildung aus Mitteln der Bundeszentrale bezuschusst werden können. In dieser Expertise werden Daten zur Entwicklung der durch die Bundeszentrale anerkannten Träger der politischen Bildung, ihrer aktuellen Verteilung nach Bundesländern und zur Entwicklung der zur Förderung der Arbeit der Träger zur Verfügung stehenden Mittel zusammengestellt. Aus diesen Angaben kann nur implizit abgelesen werden, welche Effekte daraus für die Entwicklung der Landschaft der politischen Jugendbildung resultieren.

Im Tätigkeitsbericht der Bundeszentrale für das Jahr 1990 wird konstatiert, dass sich durch „die überraschende Öffnung der Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Einheit am 3. Oktober 1990“<sup>35</sup> für die politische Bildung ein neues Arbeitsfeld ergeben habe, „dessen letztlcher Umfang noch nicht abzusehen ist“<sup>36</sup>. Grundsätzlich wird der politischen Bildung im Bericht eine Schlüsselfunktion „auf dem Wege zur tatsächlichen Einheit beider Landesteile“<sup>37</sup> zugesprochen. Würdigend wird darauf hingewiesen, dass sich das System pluraler Träger der politischen Bildung dahingehend bewährt habe, dass praktisch alle Akteure sich mit eigenen Initiativen in der DDR und später im Gebiet der Neuen Bundesländer engagiert haben. Der Tätigkeitsbericht für das Jahr 1991 klingt dann schon etwas nüchterner. Es wird festgehalten, dass der Schwerpunkt der Arbeit der Bundeszentrale „auf der Beobachtung, Analyse und Reaktion auf Entwicklungen in den neuen Bundesländern“<sup>38</sup> lag. Geschildert werden jedoch auch die neuen Herausforderungen, denen sich die Akteure der politischen Bildung stellen müssen und die konzeptionelle Veränderungen

<sup>34</sup> Erlass über die Bundeszentrale für politische Bildung vom 24. Januar 2001. Verfügbar über: <https://www.bpb.de/die-bpb/51244/der-bpb-erlass> [29.10.2019]

<sup>35</sup> Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (1991): Tätigkeitsbericht der Bundeszentrale für politische Bildung 1990. Bonn, S. 16.

<sup>36</sup> ebd.

<sup>37</sup> ebd.

<sup>38</sup> Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (1992): Tätigkeitsbericht der Bundeszentrale für politische Bildung 1991. Bonn, S. 5.

erfordern. Als Stichworte werden knapp die Erreichbarkeit von Zielgruppen und die Bereitstellung von Medien genannt.

Das Engagement der Bundeszentrale im Kontext der Vereinigung wird in verschiedenen Dokumenten gewürdigt und präzisiert. So wird festgehalten, dass sie „die Bildungsträger in den neuen Bundesländern bevorzugt behandelt und alle Möglichkeiten ausgeschöpft [hat], um eine projektbezogene finanzielle Förderung von Seminaren und Tagungen sicherzustellen“<sup>39</sup>. Ebenfalls wird in der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage „Zukunft gestalten – Kinder und Jugendliche stärken“ betont, dass „der Anteil der Förderung der außerschulischen Jugendbildung der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) [...] in den Jahren 1998 und 1999 anteilig bei rund 25 % aller Fördermaßnahmen“<sup>40</sup> lag. Angaben zur Entwicklung dieses Anteils in den folgenden Jahren liegen für diese Expertise leider nicht vor.

Wird die Entwicklung der Anzahl der durch die Bundeszentrale anerkannten Träger der politischen Bildung genauer betrachtet, so zeigt sich im Zeitraum zwischen 1991 und 1998 ein deutlicher Zuwachs von 92 auf 131 Einrichtungen und Verbände. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Entwicklung deutlich durch die Entstehung neuer Einrichtungen und Träger der politischen Bildung in den Neuen Bundesländern bedingt ist. Leider lässt sich die Entwicklung in diesem Zeitraum nicht differenzierter abbilden, da die Tätigkeitsberichte der Bundeszentrale bis zum Jahr 2001 keine Auflistung der anerkannten Träger enthalten. Die Daten zu den Jahren 1990, 1991 und 1998 wurden aufgrund der Auswertung entsprechender Angaben in Antworten der Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen zusammengestellt.

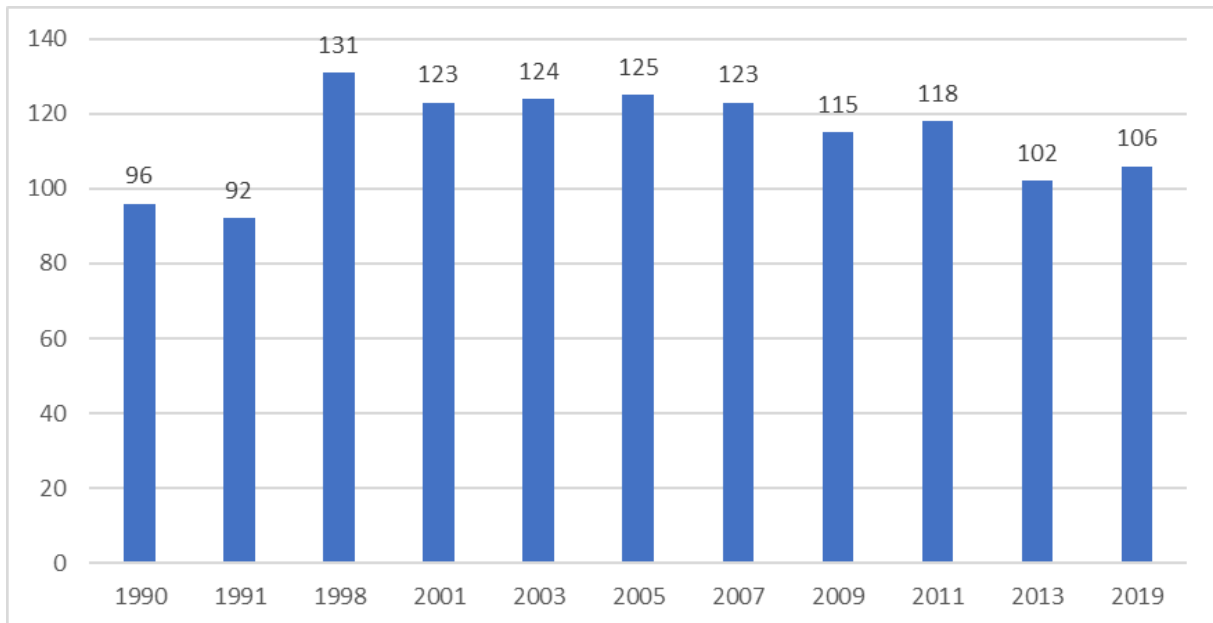
Schaubild 10 zeigt, dass die Anzahl der anerkannten Träger zwischen 1998 und 2001 leicht sinkt und dann bis zum Jahr 2011 auf einem ähnlichen Niveau bleibt und bis 2013 doch erheblich geringer wird. Für eine differenzierte Bewertung der Dynamik dieser Entwicklung, insbesondere zwischen 1991 und 1998 wären Daten zu den einzelnen Jahren dazwischen hilfreich. Es ist davon auszugehen, dass von Initiativen mutig Einrichtungen der politischen Bildung gegründet worden sind oder aus anderen Kontexten hervorgegangen sind, dass diese ihre Arbeit und deren Finanzierung jedoch nicht verstetigen konnten. Einige Einrichtungen haben sicherlich ihre inhaltlichen Schwerpunkte geändert und ihr Profil in Richtung Qualifizierung in den Bereichen Sozial- und Qualitätsmanagement verändert, so dass sie sich nicht weiter um eine Anerkennung bei der Bundeszentrale bemüht haben.

<sup>39</sup> BT-Drucksache 13/10810 vom 27.05.1998: Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage „Politische Bildung in Deutschland“, S. 15.

<sup>40</sup> BT-Drucksache 14/6415 vom 22.06.2001: Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage „Zukunft gestalten – Kinder- und Jugendliche stärken“, S. 65.

**Schaubild 10: Durch die Bundeszentrale für politische Bildung anerkannte Zentralstellen und Träger der politischen Bildung<sup>41 42 43 44 45</sup>**

**(Die Zentralstellen sind mit ihren Unterorganisationen für das Schaubild jeweils nur als 1 Träger gezählt worden)**



Bei der Auswertung der verfügbaren Daten wurde festgestellt, dass in den Antworten auf parlamentarische Anfragen, in den Tätigkeitsberichten der Bundeszentrale und der aktuellen Datenbank der Bundeszentrale über den Zeitraum von 1990 bis zur Gegenwart insgesamt 234 Einrichtungen und Verbände genannt werden. Bei der Auswertung besteht sicherlich die Gefahr, dass wenige Doppelnennungen nicht entdeckt wurden, da einige Träger ihren Namen geändert haben, dies jedoch trotz sorgfältiger Recherche nicht immer entdeckt wurde. Wenn die Zahl 234 zur höchsten Zahl der anerkannten Träger mit 131 im Jahr 1998 in Beziehung gesetzt wird, dann wird deutlich, welche Dynamik in diesem Feld vorhanden ist. Die Anzahl der aus Mitteln der Bundeszentrale geförderten Einrichtungen dürfte jedoch größer sein, da in der Auswertung die verschiedenen Zentralstellen (insgesamt 6) mit ihren zahlreichen Unterträgern nur als eine Einrichtung gezählt wurden.

<sup>41</sup> Zusammenstellung der Zahlen für 1990 nach Deutscher Bundestag (1992): Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage. Haushaltsplan der Bundeszentrale für politische Bildung, BT-Drucksache 12/3361, S. 3, Anlage 1.

<sup>42</sup> Zusammenstellung der Zahlen für 1991 nach Deutscher Bundestag (1991): Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bericht der Bundesregierung zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, BT-Drucksache 12/1773, S. 38, Anlage 2.

<sup>43</sup> Zusammenstellung der Zahlen für 1998 nach Deutscher Bundestag (1998): Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage, BT-Drucksache 13/10810, S. 38 (Verzeichnis der Zuwendungsempfänger der Bundeszentrale für politische Bildung).

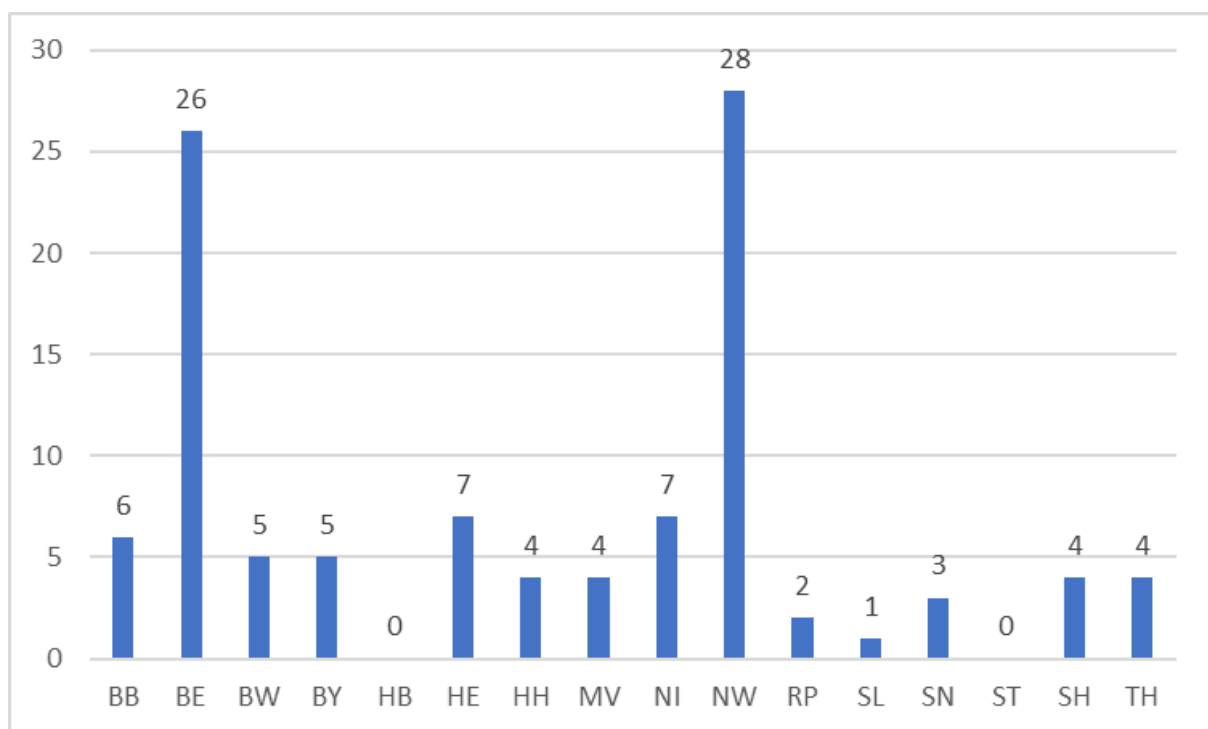
<sup>44</sup> Zusammenstellung der Zahlen für die Jahre 2001, 2003, 2005, 2007, 2009, 2011 und 2013 nach den Jahresberichten der Bundeszentrale für politische Bildung 2000/2001; 2002/2003, 2004/2005, 2006/2007, 2008/2009; 2010/2011 und 2012/2013.

<sup>45</sup> Zusammenstellung der Daten für das Jahr 2019 auf der Basis der Auswertung der Angaben in der Datenbank von Trägern der politischen Bildung auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung: <https://www.bpb.de/partner/foerderung/156933/datenbank-von-traegern-der-politischen-bildung> [10. Oktober 2019].



Dieser Faktor ist auch bei der Betrachtung der Schaubild 11 wichtig zu beachten, denn die über die Zentralstellen geförderten Einrichtungen verteilen sich über das gesamte Bundesgebiet, wobei sich auch in dieser Hinsicht regionale Schwerpunkte abbilden lassen. Sichtbar wird, dass die meisten durch die Bundeszentrale anerkannten Träger in Nordrhein-Westfalen und in Berlin ansässig sind. Dies dürfte mit mehreren Faktoren zusammenhängen. Zum einen spielt sicherlich der Faktor eine Rolle, dass Einrichtungen in der aktuellen oder früheren Bundeshauptstadt ihren Sitz haben, auch die Bevölkerungszahl des jeweiligen Bundeslandes ist relevant. Für Berlin zählt sicherlich auch seine Geschichte als ein Ort der deutschen Teilung und dass die Zentralstellen vorwiegend ihren Sitz in der ehemaligen oder aktuellen Bundeshauptstadt haben. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass in Sachsen-Anhalt keiner der unmittelbar anerkannten Träger seinen Sitz hat. Dies trifft auch auf Bremen zu, wobei diese Tatsache eventuell durch die Nachbarschaft zu Niedersachsen kompensiert werden könnte.

**Schaubild 11: Durch die Bundeszentrale für politische Bildung anerkannte Zentralstellen und Träger der politischen Bildung im Jahr 2019 nach Bundesländern<sup>46</sup>**



Aktuell wird berichtet, dass insgesamt 24 Einrichtungen ihre Anerkennung als Träger der politischen Bildung bei der Bundeszentrale beantragt haben.<sup>47</sup> Hintergrund dieser Entwicklung ist, dass im Rahmen der Förderung aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ für eine Säule diese Anerkennung als Voraussetzung einer Förderung zwingend vorgeschrieben ist.

<sup>46</sup> Die Angaben zu den Trägern der politischen Bildung nach Bundesländern basiert auf der Auswertung der Angaben in der Datenbank von Trägern der politischen Bildung auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung: <https://www.bpb.de/partner/foerderung/156933/datenbank-von-traegern-der-politischen-bildung> [10. Oktober 2019].

<sup>47</sup> Mitteilung bei der Sitzung des Runden Tisches der Bundeszentrale für politische Bildung am 23.10.2019 in Berlin.

Die Tabelle 3 zeigt die Entwicklung der Mittel für die Förderung der politischen Bildung freier Träger im Haushalt der Bundeszentrale für politische Bildung. Bei dieser Darstellung ist zu beachten, dass bis einschließlich zum Jahr 1992 die Förderung der politischen Bildung der parteinahen Stiftungen über die Bundeszentrale für politische Bildung erfolgte. Weiter muss für die Jahre 1992 und 1993 berücksichtigt werden, dass zusätzlich Mittel für die deutschlandpolitische Bildungsarbeit zur Verfügung standen, im Jahr 1992 waren das 15,272 Mio. EURO und im Jahr 1993 betrug der Ansatz 7,713 Mio. EURO.

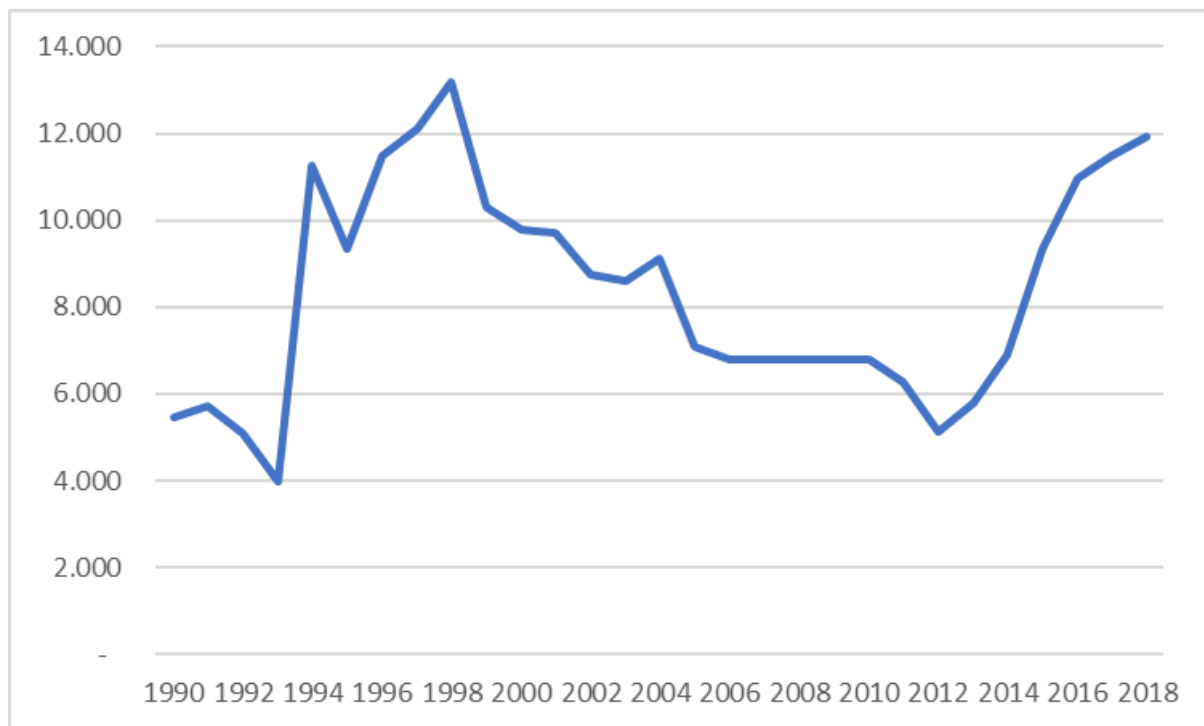
**Tabelle 3: Umfang der Mittel für die Förderung der politischen Bildung freier Träger im Haushalt der Bundeszentrale für politische Bildung, in 1.000 Euro**

Jahr	Be- trag
1990	5.473
1991	5.718
1992	5.096
1993	3.967
1994	11.247
1995	9.351
1996	11.490
1997	12.097
1998	13.201
1999	10.295
2000	9.799
2001	9.711
2002	8.743
2003	8.603
2004	9.103

2005	7.097
2006	6.806
2007	6.806
2008	6.806
2009	6.806
2010	6.806
2011	6.288
2012	5.122
2013	5.806
2014	6.883
2015	9.351
2016	10.963
2017	11.479
2018	11.937

Eine Übertragung dieser Zahlen in eine Linie macht sichtbar, dass es in der Entwicklung der Förderung von Bildungsveranstaltungen der anerkannten Träger im Zeitraum von 1990 bis 2018 eine erhebliche Dynamik gibt. Die Linie veranschaulicht einen bemerkenswerten Anstieg der Förderung der politischen Bildung der Träger bis zum Jahr 1998, dem ein kontinuierlicher Rückgang der Förderung bis zum Tiefpunkt im Jahr 2013 folgt. Danach ist bis zum Jahr 2018 wieder ein erheblicher Zuwachs an Mitteln bis zum Jahr 2018 zu verzeichnen.

**Schaubild 12: Entwicklung der Förderung der politischen Bildung der freien Träger durch die Bundeszentrale für politische Bildung von 1992 bis 2018 in 1.000 Euro<sup>48</sup>**



Welche Auswirkungen diese Dynamiken in der Trägerförderung durch die Bundeszentrale für politische Bildung oder in Folge der stagnierenden Mittel im KJP-Programm „Politische Bildung“ haben kann, soll exemplarisch an der Entwicklung der Mitgliederzahlen eines der großen Verbände der politischen Bildung in Deutschland, dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB), veranschaulicht werden.<sup>49</sup> In welcher Weise die Förderung der politischen Bildung auf Landesebene den Trend gar verstärkt oder eventuell teilweise kompensiert hat, kann an dieser Stelle nicht genau bestimmt werden.

Zunächst ist festzuhalten, dass der Verband im Kontext der deutsch-deutschen Vereinigung – offensichtlich zur Unterstützung des Aufbaus neuer Träger vor allem in den Neuen Bundesländern – die Kategorie ‚Anwärter‘ eingeführt hat. Wie die Schaubild 13 zeigt, wächst die Anzahl der in diese Kategorie eingeordneten potenziellen Mitglieder bis 1994/1995 stark an und geht dann sukzessive zurück, bis sie offensichtlich im Jahr 2001 wieder abgeschafft wird. Die entsprechenden Zahlen können auf der einen Seite als ein weitreichendes Interesse am Aufbau von Einrichtungen der politischen Bildung in den Neuen Bundesländern interpretiert werden und sie stehen für das Engagement des Verbands diese

<sup>48</sup> Die Daten zur Entwicklung der Förderung der politischen Bildung der freien Träger sind entnommen: für die Jahre 1990 bis 1998 (für 1998=Planung): Deutscher Bundestag (1998): Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage „Politische Bildung in Deutschland“, BT-Drucksache 13/10810, S. 34; für die Jahre 2000 bis 2013: Deutscher Bundestag (2013): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage: Zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, BT-Drucksache 17/12428, S. 22/23; für die Jahre 2014 bis 2018 nach den Angaben in den Haushaltsplänen der Bundeszentrale für politische Bildung.

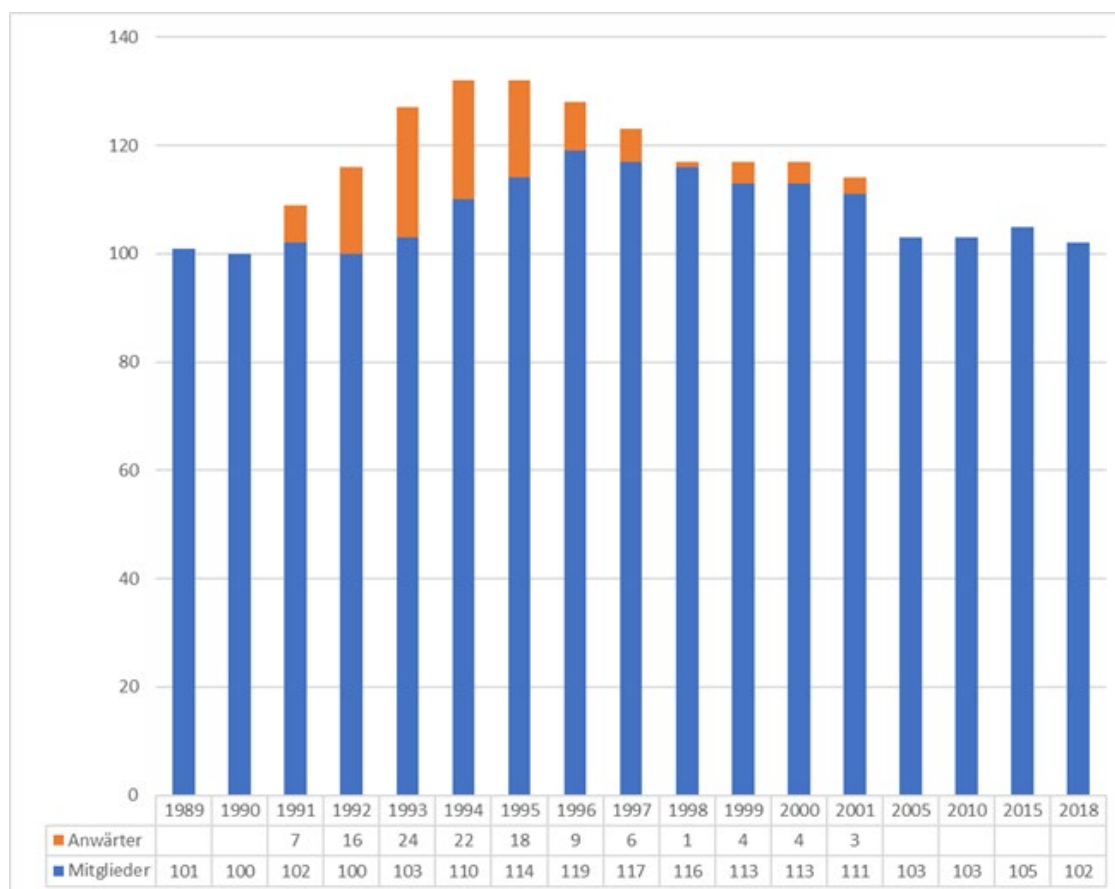
<sup>49</sup> Die Daten zur Entwicklung der Zahl der Mitglieder im Zeitraum von 1989 bis 2018 wurden vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

Entwicklung zu unterstützen und fachlich zu begleiten. Vergleichbare Anstrengungen und ein ähnliches Engagement können auch für andere bundesweit agierenden Verbände konstatiert werden.

Die wachsende Zahl der Mitglieder des AdB von 100 im Jahr 1990 bis auf 119 im Jahre 1996 zeigt, dass dieser Prozess für einige der Neugründungen offensichtlich erfolgreich war. Ein Abgleich mit den Angaben zur Zahl der Anwärter zeigt jedoch gleichzeitig, dass sich nicht alle der Interessenten und Neugründungen als Träger der politischen Bildung etablieren konnten. Auffällig ist auch, dass nach 1996 die Zahl der Mitglieder des Verbands von 119 in ca. 10 Jahren bis zum Jahr 2005 auf 103 sinkt. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Kündigung der Mitgliedschaft im Verband in allen Fällen auf eine Unzufriedenheit mit der Politik des Verbands zurückzuführen ist. Nach dem Einblick in die Mitgliederstatistik, die der Verband ermöglichte, haben im Zeitraum zwischen 2001 bis in die Gegenwart insgesamt 17 Einrichtungen ihre Arbeit eingestellt und eine größere Zahl an Mitgliedern hat ihren Arbeitsschwerpunkt (ca. 15) auf andere Tätigkeitsfelder verlegt, so dass sie nicht mehr in der politischen Bildung tätig sind und es für sie auch nicht mehr interessant ist, in dem Verband Mitglied zu sein. Es ist offensichtlich, dass diese Entwicklung durch eine Reduzierung der Mittel für die Förderung der politischen Bildung in Zusammenhang steht.

Hinter den vergleichsweise nüchternen Zahlen wird eine Dynamik sichtbar, die erhebliche Auswirkungen auf die Zahl der Einrichtungen der politischen Bildung, aber auch auf die Situation der politischen Jugendbildung hat. Das Schaubild 13 zeigt einen durch die Vereinigung ausgelösten Aufbruch mit der Entstehung neuer Initiativen, mutigen Gründungen und Bestrebungen der Etablierung als Einrichtung der politischen Bildung, aber auch des Scheiterns aufgrund welcher Faktoren auch immer.

**Schaubild 13: Entwicklung der Zahl der Mitglieder und Anwärter des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e.V.**



## 5 Außerschulische politische Jugendbildung in den Bundesprogrammen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention

Mit den Programmen „Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ und CIVITAS, das Aktivitäten in den Neuen Bundesländern förderte, wurde im BMFSFJ durch mehrere Aktions- und Bundesprogramme ein neuer Förderschwerpunkt zur Demokratieförderung und Extremismusprävention eingeführt, der ab 2015 in das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ mündete. Die im Jahr 2001 auf den Weg gebrachten Aktivitäten wurden im Jahr 2002 im Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ zusammengeführt und unter den Überschriften „ENTIMON – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ bundesweit und „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ intensiviert. Aus Mitteln des Programms ENTIMON sollten Aktivitäten zur Stärkung von Demokratie und Toleranz sowie zur Prävention und Verhinderung von Rechtsextremismus und Gewalt gefördert werden. Grundlegend waren Leitziele wie „Einübung in Toleranz, Bekämpfung von Gewalt, Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, Übernahme von Verantwortung im Gemeinwesen, Entwicklung und Stärkung von demokratischem Handeln und Zivilcourage und Vermittlung eines verlässlichen politischen Grundwissens.“<sup>50</sup>

Mit dem Programm CIVITAS sollte den zunehmenden rechtsextremistischen Tendenzen in den Neuen Bundesländern gegengesteuert werden. Der grundlegende Leitsatz des Programms zielte auf Anerkennung, Schutz und Respekt gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Minderheiten. Anliegen des Programms war es, „eine demokratische, gemeinwesenorientierte Kultur einer Ideologie der Ungleichwertigkeit entgegenzusetzen, die sich in Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ausdrückt“<sup>51</sup>. Schon die stichwortartige Beschreibung der beiden Programme verdeutlicht, dass es sich bei den geförderten Aktivitäten immer auch um Angebote der politischen Jugendbildung handelte, d. h., dass die aus Mitteln dieser Programme finanzierten Aktivitäten zu einem großen Teil als Angebote der politischen Bildung betrachtet werden können.

Weitergeführt wurde dieser Förderschwerpunkt des BMFSFJ mit den Bundesprogrammen „Vielfalt tut gut“, „kompetent.für demokratie“, „Toleranz fördern – Demokratie stärken“ und ab 2015 mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Nach der Zusammenstellung in der Tabelle 4 sind ab 2001 bis Ende 2019 für den Förderschwerpunkt der Demokratieförderung und Extremismusprävention insgesamt 740,453 Mio. Euro im Haushalt des BMFSFJ zur Verfügung gestellt worden. Wie sich diese Summe auf die verschiedenen Programme verteilt, ist der Tabelle 4 zu entnehmen. Selbst wenn berücksichtigt wird, dass die Förderphase für das Programm „Demokratie leben!“ insgesamt fünf Jahre beträgt, muss von einem sehr massiven Ausbau der Ausstattung dieses Förderschwerpunkts nach 2015 ausgegangen werden, der gegenüber den Ansätzen in Vorläuferprogrammen ohne Vergleich ist.

<sup>50</sup> BMFSFJ (2006): Abschlussbericht zur Umsetzung des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, S. 6.

<sup>51</sup> BMFSFJ (2006): Abschlussbericht zur Umsetzung des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, S. 7.

**Tabelle 4: Mittel der Bundesprogramme zur Demokratieförderung und Extremismusprävention im Haushalt des BMFSFJ**

Programm	Laufzeit	Fördersumme in Mio. EURO
Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus	2001	15,34
ENTIMON	2002 bis 2006	50,0
CIVITAS	2002 bis 2006	52,113
Vielfalt tut gut	2007 bis 2010	76,0
kompetent.für demokratie	2007 bis 2010	20,0
Toleranz Fördern – Demokratie stärken	2011 bis 2014	96,0
Demokratie leben!	2015 bis 2019	431,0
	<b>Summe:</b>	<b>740,453</b>

Wie stark die Anliegen politischer Jugendbildung im Zentrum dieser Programme standen, zeigen die jeweiligen Erläuterungen zu den Zielen der Programme sowie die Berichte nach Abschluss der verschiedenen Förderphasen. Im Bericht zum Programm ENTIMON wird z.B. festgehalten, dass „die die Suche nach zeitgemäßen, partizipativen und praxisbezogenen Ansätzen der politischen Bildung zur Bekämpfung von Gewalt und Rechtsextremismus“ das zentrale gemeinsame Anliegen der geförderten Modellprojekte war. Die eigene Urteilsbildung zu gesellschaftlichen Vorgängen sollte gestärkt, zur Verantwortung gegenüber sich selbst, den Mitmenschen und der Gesellschaft sollte befähigt und zur Mitwirkung an der Gestaltung einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft angeregt werden. Sozialraum- und Lebensweltbezogene Konzepte sollten erprobt und Formen biografischen Lernens realisiert werden, um eine geschlechtersensible und antirassistische Bildungsarbeit umzusetzen sowie interkulturelles und interreligiöses Lernen zu ermöglichen.<sup>52</sup>

Für das Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ wurde als Ziel formuliert: „Demokratie, Vielfalt und Toleranz als zentrale Werte der gesamten Gesellschaft zu festigen und Kinder und Jugendliche früh für diese grundlegenden Regeln eines friedlichen und demokratischen Zusammenlebens zu gewinnen“<sup>53</sup>. Deshalb sollten Aktivitäten der politischen Bildung und Vorhaben im präventiven Bereich gefördert werden. Dabei sollte es um die Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus

<sup>52</sup> Vgl. BMFSFJ (2006): Abschlussbericht zur Umsetzung des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, S. 4.

<sup>53</sup> Regiestelle Vielfalt (Hrsg.) (2011): Abschlussbericht der Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ Förderphase 2007 – 2010, S. 2.

gehen, um die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen, um Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft und um früh ansetzende Prävention.

Für das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ wurden die Schwerpunkte: Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft; Demokratie- und Toleranzerziehung; Soziale Integration; Interkulturelles und interreligiöses Lernen/antirassistische Bildungsarbeit; Kulturelle und geschichtliche Identität sowie Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen bei jungen Menschen gewählt.<sup>54</sup>

Es ist nicht schwierig zu erkennen, dass sämtliche dieser Themen und Schwerpunkte der Programme in den zurückliegenden Jahren auch im Zentrum der Angebote der politischen Jugendbildung standen. Mit den Aktions- und Bundesprogrammen wurde die Förderung politischer Jugendbildung unter den Bedingungen einer zeitlich befristeten und inhaltlich fokussierten Projektförderung durch das BMFSFJ entschieden ausgeweitet. Mit dieser Einschätzung sollen die anderen Förderschwerpunkte der Programme wie Beratung und Extremismusprävention oder lokale Partnerschaften aus der Perspektive politischer Jugendbildung keineswegs vereinnahmt werden, aber die thematische Fokussierung und die innovativen Ambitionen der Programme bewegten sich deutlich im Handlungsbereich politischer Jugendbildung.

Neben der Bereitstellung erheblicher Mittel ist förderpolitisch zu konstatieren, dass in Verbindung mit den Bundesprogrammen eine neue Form der Steuerung von Förderprogrammen des BMFSFJ durch eine Regiestelle eingeführt worden ist. Diese verkörpert ein neues Verfahren und eine veränderte Struktur der Förderung politischer Jugendbildung, die vor dem Hintergrund von Prinzipien der Subsidiarität und der Trägerautonomie im Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Staat durchaus kritisch zu bewerten ist. Seit 2015 wurde diese Entwicklung in Verbindung mit einer gravierenden Ausweitung der Förderung von Demokratieförderung und Extremismusprävention im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ weiter vorangetrieben. Zudem wurde mit der Implementierung dieses Programms ein neuer Förderschwerpunkt zur „Strukturentwicklung bundeszentraler Träger“ eingeführt.

Ziel dieser Förderlinie war eine „Verstetigung der Arbeit von gemeinnützigen Trägern, die sich im Bereich des Aufbaus und der Stärkung von bundeszentralen Aufgaben in der Arbeit für Demokratie und Vielfalt und gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit engagieren“<sup>55</sup>. Die Professionalisierung ihrer Arbeit und der Ausbau „ihrer Bundeszentralität im jeweiligen Themen- und Strukturfeld“ sollte unterstützt werden. Perspektivisch sollten die Träger als Kooperationspartner des Bundes aufgebaut und gestärkt werden. Es ging um „eine Sicherung der Strukturen für Organisationen und Initiativen, die präventive Aufklärungs-, Sensibilisierungs- und Bildungsarbeit im Themenfeld leisten“<sup>56</sup> mit dem Ziel, Multiplikator\*innen zu sensibilisieren und zu qualifizieren, wie im Abschlussbericht des Bundestags-Untersuchungsausschusses zum National-Sozialistischen Untergrund (NSU) gefordert worden war. Gleichzeitig sollte eine Zusammenarbeit mit Trägern, die aus Mitteln des KJP-Programms „Politische Bildung“ und anderen Programmen des KJP gefördert werden, erfolgen.

Für die Analyse der Landschaft der politischen Jugendbildung ist insbesondere von Interesse, wie durch die Programmevaluation dieser Förderlinie durch eine Arbeitsgruppe des Deutschen Jugendinstituts

<sup>54</sup> BMFSFJ (Hrsg.) (2014): Abschlussbericht des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN, Berlin, S. 10.

<sup>55</sup> BMFSFJ (2016): Bundesprogramm Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit. Förderung der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger. S. 3.

<sup>56</sup> ebd., S. 3.



das Verhältnis zwischen BMFSFJ, Regiestelle und Träger bewertet wird. Diese Zusammenarbeit zwischen den für das Programm Verantwortlichen im BMFSFJ, der Regiestelle beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) und den in diesem Schwerpunkt geförderten Trägern wird in einem der Zwischenberichte als „kooperative Governance“<sup>57</sup> charakterisiert. Unter Governance werden allgemein die „Formen und Mechanismen der Koordinierung zwischen mehr oder weniger autonomen Akteuren, deren Handlungen interdependent sind, sich also wechselseitig beeinträchtigen und oder unterstützen können“<sup>58</sup> verstanden. Ob das Zusammenwirken zwischen dem BAFzA, den zivilgesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen, den Trägern, und dem BMFSFJ diesem Anspruch gerecht wird, ist zumindest aufgrund finanzieller Abhängigkeiten von einer Förderung in Frage zu stellen. Denn, wenn die Leitlinien für die Förderschwerpunkte des Bundesprogramms genauer analysiert werden, dann spricht daraus eher die Vorstellung einer Programmsteuerung als die einer kooperativen und interdependenten Realisierung von Projekten. Gespräche mit Vertreter\*innen von Organisationen, die Mittel aus diesem Förderschwerpunkt erhalten, bestätigen diesen Eindruck.

Für eine differenziertere Situationsbeschreibung der aktuellen Landschaft der politischen Jugendbildung, wurde für diese Expertise die Präsentation der im Förderbereich „Förderung der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger“ und der in den verschiedenen Förderlinien des Förderbereichs Modellprojekte geförderten Akteure auf der Webseite des Bundesprogramms ausgewertet.<sup>59</sup> In diesem Zusammenhang interessiert, ob die Akteure aufgrund der Beschreibung der geförderten Vorhaben als Akteure der politischen Bildung betrachtet werden können, welche Rechtsform die Träger haben, in welchem Umfang neue und alte (vor 1990 gegründete) Einrichtungen und Organisationen sich am Programm beteiligen und um welchen Typus von Organisation es sich bei den Akteuren jeweils handelt.

Die Auswertung ergab, dass auf der Webseite des Bundesprogramms in den Förderbereichen „Strukturentwicklung bundeszentraler Träger“ und „Modellprojekte“ insgesamt 306 Vorhaben von 254 verschiedenen Einrichtungen und Organisationen präsentiert werden. Bei der Analyse wurden die zahlreichen Partnerschaften für Demokratie und die verschiedenen Landes-Demokratiezentren nicht berücksichtigt. Von den 254 Akteuren können insgesamt 134 also ca. 53 % als Einrichtungen identifiziert werden, die im Rahmen ihres Vorhabens bzw. im Kontext des vorgestellten Projekts Angebote politischer Bildung realisieren oder in der Arbeit ihrer Einrichtung zu einem überwiegenden Anteil Veranstaltungen und Projekte politischer Bildung durchführen.<sup>60</sup> Eine nähere Betrachtung der Arbeitsschwerpunkte dieser Organisationen ergibt dann jedoch, dass es sich nur zu einem sehr geringen Anteil um Einrichtungen und Organisationen handelt, die Angebote einer allgemeinen politischen Jugendbildung durchführen. Der weitaus überwiegende Teil der Akteure konzentriert sich auf spezielle Ansätze der politischen Jugendbildung. Zu nennen sind z. B. rassismuskritische Bildung, Empowermentkonzepte, Ansätze der Anti-Diskriminierungsarbeit, Bildungsarbeit gegen Antisemitismus, Vermittlung von Kompetenzen gegen Antiziganismus, Diversity Management, Betzavta-Trainings, geschlechtersensible Bildungsarbeit, Wertebildung.

<sup>57</sup> Heinze, Franziska; König, Frank; Rhese, Aline; Ellen Schroeter (2017): Dritter Bericht: Strukturentwicklung bundeszentraler Träger. Programmevaluation „Demokratie leben!“. Zwischenbericht 2017, Deutsches Jugendinstitut, Außenstelle Halle, S. 89.

<sup>58</sup> Benz, Arthur; Lütz, Susanne; Schimank, Uwe; Simonis, Georg (Hrsg) (2007): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden, S. 9.

<sup>59</sup> <https://www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben.html> [24.10.2019].

<sup>60</sup> Grundlage dieser Einschätzung ist die Beschreibung des jeweiligen Vorhabens oder Modellprojekts auf der Webseite von „Demokratie leben!“ und die Auswertung des Selbstverständnisses und der Arbeitsschwerpunkte auf der Homepage der verschiedenen Träger.

Drei Viertel der Organisationen sind als eingetragene Vereine registriert, 33 haben die Rechtsform einer gGmbH, Projekte von 13 Stiftungen werden gefördert und von sieben Instituten, die teilweise An-Institute von Hochschulen sind. Ca. ¼ der Träger bestand schon vor 1989, mehr als 20 % wurden im Zeitraum von 1990 bis 1999 gegründet, ca. 20 % zwischen den Jahren 2000 und 2009 und ca. 17 % erst in den Jahren ab 2010. In Hinblick auf die Angaben zur Gründung der Einrichtungen und Organisationen ist jedoch zu berücksichtigen, dass nicht von allen Trägern das Gründungsdatum auf der jeweiligen Homepage ermittelt werden konnte.

Demnach ist davon auszugehen, dass ca. ¾ der aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ geförderten Träger erst nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten gegründet worden sind und ca. 25 % vor 1990. Bei den Akteuren, die sich an diesem Bundesprogramm beteiligen, handelt es sich also überwiegend um vergleichsweise junge bzw. neue Einrichtungen und Organisationen. Ca. 18 % der Organisationen geben ein Gründungsdatum ab dem Jahr 2010 an.

Mit diesen Daten lässt sich belegen, dass sich am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zwar auch die „alten“ Träger der Kinder- und Jugendhilfe beteiligen, jedoch weit überwiegend jüngere und neue Akteure, vorwiegend mit spezialisierten Ansätzen, an diesem Programm partizipieren. Allerdings ist in diesem Zusammenhang zu beachten, dass nach der Vereinigung Träger der Kinder- und Jugendhilfe und der politischen Jugendbildung aus der alten Bundesrepublik ihre Tätigkeit auf die Neuen Bundesländern ausgeweitet und neue Träger gegründet haben, so dass ein geringerer Anteil der Neugründungen unter der Patenschaft von bereits in der alten Bundesrepublik bestehenden Einrichtungen stattfand. Weiterhin kann nach diesen Angaben davon ausgegangen werden, dass einige der „alten“ Träger sich sowohl an der Realisierung von Modellprojekten im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ beteiligen als auch über ihre Dachverbände oder auch unmittelbar an einer Förderung aus Mitteln der Programme des KJP teilhaben. Zwar hat die Etablierung der Aktions- und Bundesprogramme zur Demokratieförderung zweifellos zum Aufbau einer parallelen Struktur neben der Struktur der KJP-Förderung geführt, jedoch agieren einige Einrichtungen in beiden Strukturen.

Ein weiteres interessantes Ergebnis bringt die Unterscheidung der geförderten Organisationen nach den Kategorien „zivilgesellschaftlicher Akteur“ und „Sozialunternehmen“<sup>61</sup> zum Vorschein. Nach einer sicherlich von vielen Imponderabilien begleiteten Einschätzung sind mehr als die Hälfte der geförderten Organisationen in einem engeren Sinn als Sozialunternehmen zu betrachten. Als Sozialunternehmer\*innen werden in der Engagementstrategie der Bundesregierung Personen bezeichnet, „die aus ihrem individuellen bürgerschaftlichen Engagement heraus soziale Organisationen gründen, die gesellschaftliche Herausforderungen mit innovativen und unternehmerischen Herangehensweisen lösen“<sup>62</sup>. Für diese Unternehmen stellt das soziale oder gesellschaftliche gemeinnützige Ziel den Sinn und Zweck ihrer Geschäftstätigkeit dar. Dabei ist die Rechtsform des Unternehmens zweitrangig.

<sup>61</sup> Diese Einschätzung basiert ebenfalls auf der Auswertung der Angaben auf den jeweiligen Webseiten der Organisationen. Als Sozialunternehmen wurden z. B. Organisationen eingeordnet, deren Vorsitzende gleichzeitig Geschäftsführer\*in sind oder deren Geschäftsführer\*in stimmberechtigtes Mitglied im Vorstand ist, die eine kleine Zahl an Mitgliedern aufweisen, die nicht als Selbstorganisation einer bestimmten Bevölkerungsgruppe erkennbar sind oder die z.B. eindeutig als Agenturen erkennbar sind oder sich so bezeichnen.

<sup>62</sup> Deutscher Bundestag (2012): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage: Förderung von Sozialunternehmen. BT-Drucksache 17/10926 vom 05.10.2012, S. 2.

**Tabelle 5: Struktur der im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zwischen 2015 und 2019 geförderten Akteure**

	Anzahl	in Prozent
geförderte Akteure	254	
Akteure politischer Bildung	134	52,8
Rechtsform		
e. V.	191	75,2
gGmbH	33	13,0
Stiftung	13	5,1
Institut	7	2,8
Gründungszeitraum		
Bis 1989	65	25,6
1990 bis 1999	57	22,4
2000 bis 2009	51	20,1
Ab 2010	44	17,3
Organisationstypus		
Zivilgesellschaftliche Akteure	100	39,4
Sozialunternehmen	137	53,9

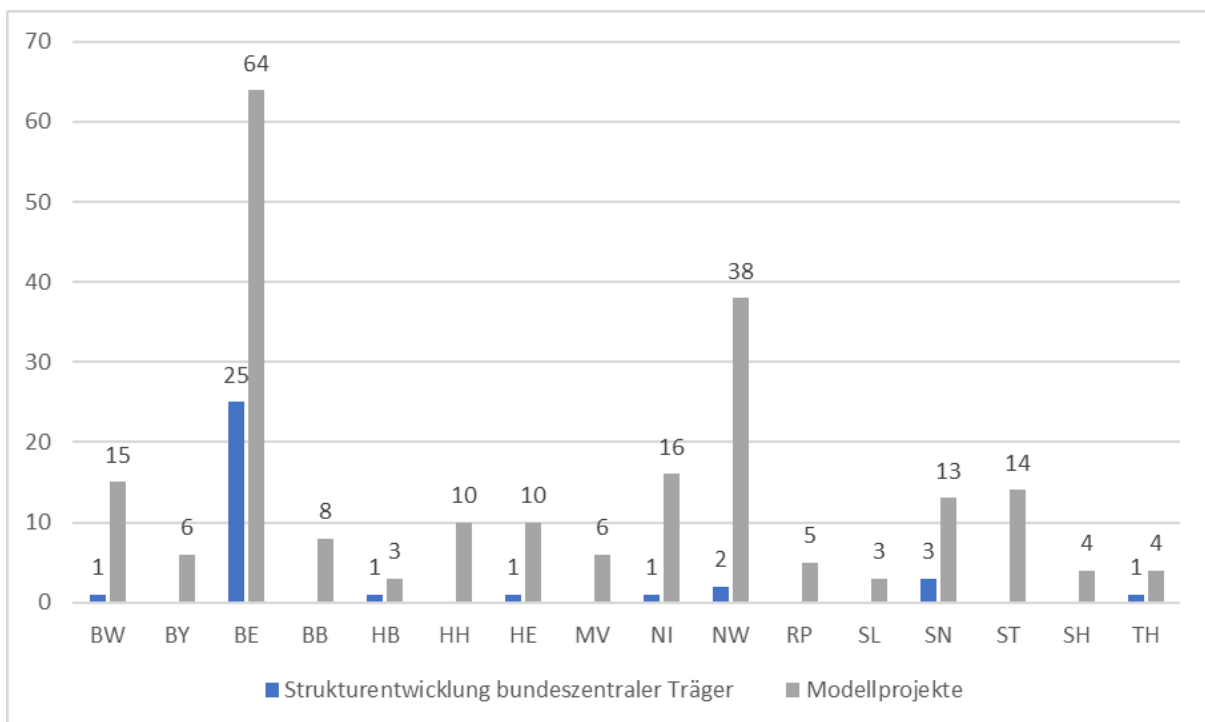
Mit dem Auftreten von Sozialunternehmen als Akteuren politischer Bildung verändert sich die Landschaft der politischen Bildung gravierend. Registriert werden kann, dass diese Träger eher mit speziellen

Konzepten, fachlicher Professionalität und monothematischen Angeboten in Erscheinung treten und weniger als Akteure, die in bestimmten gesellschaftlichen Milieus verankert sind und Angebote einer

allgemeinen politischen Jugendbildung realisieren. Zumindest die Frage nach der Relevanz einer Verbindung zu sozialen Milieus der Gesellschaft, wie dies für viele schon länger bestehende Einrichtungen der politischen Jugendbildung gilt, für eine Nachhaltigkeit und die Reichweite ihrer Arbeit in der Zivilgesellschaft oder in Hinblick auf die Erreichbarkeit von Zielgruppen müsste vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen intensiver diskutiert werden.<sup>63</sup>

Weiterhin ist aufschlussreich, die Verteilung der geförderten Träger auf die einzelnen Bundesländer näher zu betrachten. Wie die Darstellung in Schaubild 14 verdeutlicht, haben sowohl die Einrichtungen, die an der Förderung der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger partizipieren als auch die Träger, die sich im Bereich der Modellprojekte engagieren, weit überwiegend ihren Sitz in der Bundeshauptstadt. Ist dies in Hinblick auf die bundeszentralen Träger vor dem Hintergrund einer gewissen räumlichen Nähe zu den fördernden Einrichtungen und zur Politik noch einigermaßen plausibel zu begründen, ist es fachlich kaum zu erklären, dass die kreativen und innovativen Köpfe der Demokratieförderung und der Extremismusprävention wirklich alle in Berlin ansässig sein sollten. Lediglich von Akteuren in Nordrhein-Westfalen wird noch ein bemerkenswerter Anteil der aus dem Bundesprogramm geförderten Modellprojekte durchgeführt. Auffällig ist auch, dass im Vergleich zur Größe des Bundeslandes relativ wenig Modellprojekte in Bayern gefördert werden.

**Schaubild 14: Verteilung der aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in den Förderbereichen „Strukturentwicklung bundeszentraler Träger“ und Modellprojekte geförderten Vorhaben nach Bundesländern**



<sup>63</sup> Vgl. hierzu auch Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin.

Die Einführung des Förderbereichs „Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger“ hatte in einem langjährigen und fachlich ausgewiesenen Engagement einiger Organisationen in diesem Handlungsfeld seinen Hintergrund. Die Arbeit von Trägern mit bundesweiter Relevanz sollte für die Beschäftigung mit Fragestellungen der Demokratieförderung und der Extremismusprävention abgesichert und die ausgewiesenen Kompetenzen weiterhin eingebracht und genutzt werden können. Mit der Einrichtung dieser Förderlinie sind jedoch neue Fragestellungen verbunden, wie aus einem Zwischenbericht der Programmevaluation hervorgeht. Eine wichtige Aufgabe für die Arbeit dieser Träger sei es, in einem Mehrebenen-System Bedarfe abzustimmen und Handlungen zu koordinieren<sup>64</sup>, wobei nicht thematisiert wird, ob die verschiedenen Organisationen über den dafür erforderlichen Unterbau bereits verfügen oder ob sie auf den verschiedenen Ebenen der Struktur der Kinder- und Jugendhilfe (Kommune, Land, Bund) hinreichend vernetzt sind. Gilt es diesen Unterbau im Förderzeitraum erst aufzubauen? Wie sind die Beziehungen zu Einrichtungen und Organisationen der anderen Ebenen geregelt?

Aus Gesprächen mit Vertreter\*innen von Organisationen, die in ihrer Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger gefördert werden bzw. gefördert worden sind und auch mit Vertreter\*innen bundeszentraler Träger der politischen Jugendbildung ist zu entnehmen, dass einige der Organisationen, deren Strukturentwicklung gefördert werden sollte, nicht über den erforderlichen Unterbau auf den verschiedenen Ebenen verfügten, wie dies für einen bundeszentralen Akteur der Kinder- und Jugendhilfe notwendig und typisch ist. Das führte in der Praxis dazu, dass die im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ mit der Intention einer Strukturentwicklung geförderten Träger bei der Realisierung ihrer Vorhaben auf Akteure aus der Landschaft der KJP-geförderter Akteure oder der Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe zugehen mussten, die in den verschiedenen Ebenen verankert und in den verschiedenen Handlungsfeldern aktiv sind. In Folge dieser Entwicklung entsteht eine merkwürdige Lage: Neue Akteure, die mit Mitteln eines Bundesprogramms gefördert werden, nutzen zur Realisierung ihrer Vorhaben und zum Erreichen ihrer Zielgruppen die Struktur und Akteure der „alten“ Träger, deren Förderung aus Mitteln des KJP seit Jahren weitgehend eingefroren ist. Nur nebenbei sei erwähnt, dass dabei oftmals die zuständigen Koordinierungsstellen und Gremien der „alten“ Träger übergangen wurden, was zusätzlichen Ärger verursachte.

Allerdings sind ebenfalls grundlegende Bedenken gegenüber der Vorstellung eines kohärenten Mehrebenen-Systems zur Identifikation von Bedarfen und der Abstimmung von Handlungen angebracht.

Festzuhalten ist, dass in Verbindung mit der Implementierung von Aktions- und Bundesprogrammen in den Jahren seit 2001 ein umfangreicher, gut ausgestatteter Förderschwerpunkt der Demokratieförderung und Extremismusprävention entstanden ist, der mit Hilfe eines differenzierten Steuerungssystems gestaltet wird und durch einen bemerkenswerten Aufwuchs der verfügbaren Mittel ab dem Jahr 2015 massiv ausgebaut worden ist. Im Rahmen dieser Entwicklung konnten zahlreiche Akteure auf verschiedenen Ebenen an einer Förderung aus Bundesmitteln partizipieren. Im Kontext dieses Prozesses sind neue Akteure entstanden, die sich im Handlungsfeld der Demokratieförderung und der Extremismusprävention etablieren konnten. Als Hintergrund dazu sind innergesellschaftliche (Ausbreitung rechtsextremistischer und gruppenbezogener, menschenfeindlicher sowie rassistischer Haltungen, ein Anwachsen rechtspopulistischer Haltungen und Aktivitäten, wachsende Erfahrungen von Diskriminie-

<sup>64</sup> Heinze, Franziska; König, Frank; Rhese, Aline; Ellen Schroeter (2017): Dritter Bericht: Strukturentwicklung bundeszentraler Träger. Programmevaluation „Demokratie leben!“. Zwischenbericht 2017, Deutsches Jugendinstitut, Außenstelle Halle, S. 10.

rung und die Zunahme demokratiskeptischer Einstellungen) Entwicklungen und Auswirkungen internationaler Konflikte (9/11, Zuwanderung von Geflüchteten, islamistische Gefährder) in die Betrachtung mit einzubeziehen.

Wenn aus Mitteln dieser Programme z. B. auch Vorhaben der Prävention, der De-Radikalisierung, der Beratung und Intervention, der Stärkung und Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure, der aufsuchenden und mobilen Jugendsozialarbeit oder öffentlichkeitswirksame Kampagnen und Ausstellungen gefördert werden, so ist festzuhalten, dass mit diesen Mitteln ebenfalls eine Vielzahl von Ansätzen und Konzepten der politischen Jugendbildung finanziell unterstützt werden. Seit 2001 ist auf diese Weise ein leistungsfähiger, finanziell vergleichsweise sehr gut ausgestatteter Förderbereich entstanden, dessen Mittel in erheblichem Umfang zur Finanzierung von Vorhaben der politischen Jugendbildung unter den Bedingungen einer zeitlichen Befristung und der Steuerung durch eine Regiestelle eingesetzt werden.

Im Kontext dieses Prozesses haben sich neue Typen von Akteuren der politischen Jugendbildung etabliert, die zu einem großen Teil als Sozialunternehmen zu bezeichnen sind und kaum einen Bezug zu sozialen Milieus der Gesellschaft aufweisen, sondern sich durch ihre fachliche Expertise in bestimmten Themenfeldern auszeichnen. Die Landschaft der politischen Jugendbildung hat sich in diesem Zusammenhang erheblich verändert, unternehmerisch agierende Akteure, Institute und Agenturen sind zu den in traditionellen und auch in neuen sozialen Milieus (wie migrantische Communities oder der muslimischen Community) verankerten Akteuren hinzugekommen. Es ist zu fragen, wie diese neuen Akteure mit den vorhandenen Strukturen und Organisationen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung kooperieren oder sich vernetzen können oder ob parallele Strukturen sich verfestigen.

## 6 Resümee

Als erstes Ergebnis der Untersuchung der Entwicklung der politischen Jugendbildung in den vier Bereichen ‚außerschulische Jugendbildung‘, politische Jugendbildung im Kontext des KJP-Programms ‚Politische Bildung‘, politische Jugendbildung im Kontext der Trägerförderung der Bundeszentrale für politische Bildung und politische Jugendbildung im Kontext von Demokratieförderung und Extremismusprävention über den Zeitraum seit 1990 ist festzuhalten, dass die Landschaft der politischen Jugendbildung vielfältiger geworden ist. Dies gilt in Hinblick auf die Einrichtungen und Akteure, bezogen auf die Akteure nach Organisationstypen und in Hinblick auf die Beziehungen der Einrichtungen zu bzw. ihre Einbindung in soziale Milieus der Gesellschaft. Ebenfalls ist anzunehmen, dass mit einer Erweiterung der Akteure auch die Pluralität der Konzepte und Ansätze der politischen Bildung zugenommen hat. Die Beziehungen der Akteure und Organisationen der politischen Bildung zu bestimmten sozialen Milieus haben eine hohe Relevanz z. B. bei der Ansprache konkreter Zielgruppen, sie erleichtern den Zugang zu potentiellen Teilnehmenden und sie gewähren eine gewisse Reputation der Einrichtungen gegenüber diesen Gruppen. Vor diesem Hintergrund ist auch anzunehmen, dass es Akteuren mit einer Nähe zu sozialen Milieus leichter fällt, Interessen und Bedarfe von Teilnehmenden aus diesen Milieus aufzunehmen und es den Teilnehmenden eher möglich ist, ihre Interessen und Bedarfe zu artikulieren und sich in den Bildungsveranstaltungen am richtigen Ort zu empfinden.

Neben der Erweiterung von milieubezogenen Einrichtungen im Kontext von Migrantengemeinschaften oder anderen sozialen Gruppen hat sich in den zurückliegenden Jahren ein neuer Typus von Anbietern politischer Jugendbildung herausgebildet. Dabei handelt es sich um Sozialunternehmen mit einer hohen Professionalität und spezialisierten Angeboten. Dieser Typus von Akteuren hat sich insbesondere im Umfeld der Bundesprogramme zur Demokratieförderung und Extremismusprävention entwickelt. Hoch qualifizierte Akteure haben sich als Verein oder als gGmbH organisiert, reagieren auf gesellschaftliche Bedarfe und soziale Problemlagen und/oder beziehen sich auf Ausschreibungen von Behörden und auf von der Politik gesetzte Schwerpunkte. Angebote dieser Akteure richten sich überwiegend an eingegrenzte, in den Ausschreibungen näher benannte und von der Politik mit Priorität versehene Zielgruppen.

Die Entwicklung der Landschaft der politischen Jugendbildung wird von den Finanzströmen zur Förderung der Praxis, die auf Rechtsgrundlagen basieren, wesentlich mitgestaltet.<sup>65</sup> So wird allein durch Vergleich des Fördervolumens im Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘ mit aktuell 115,5 Mio. Euro im Jahr 2019 mit dem des KJP-Programms ‚Politische Bildung‘ mit ca. 11 Mio. Euro im Jahr 2019 sehr deutlich, dass die bundesweiten Akteure einer allgemeinen politischen Jugendbildung, die sich mit ihren Angeboten potenziell an Jugendliche aus allen sozialen Milieus richten und sich nicht nur mit den von speziellen Förderprogrammen vorgegebenen Themen beschäftigen, sondern sich auch anderen gesellschaftspolitischen relevanten Themen wie z. B. der Klimapolitik und den sozialen und ökonomischen Herausforderungen beschäftigen wollen, wesentlich geringere Handlungsspielräume haben und in den Schatten von Prävention und Demokratieförderung gestellt werden.

<sup>65</sup> Vgl. Transfer für Bildung e.V. (2019): Forschung und Praxis politischer Bildung unter besonderer Berücksichtigung der politischen Erwachsenenbildung. Essen, S. 10.

Weiterhin zeigt die Analyse einen strukturellen Wandel in den Verfahren und im System der Förderung politischer Jugendbildung. Der Bereich der Förderung, der sich an milieubezogene Akteure mit langjähriger Erfahrung und ausgewiesenen fachlichen Kompetenzen wendet, die auf der Grundlage eines reflektierten Verständnisses von Subsidiarität handeln, über ein ausgeprägtes Verständnis von Trägerautonomie verfügen und sich als selbstbewusste zivilgesellschaftliche Partner von Ministerien verstehen, war in den zurückliegenden Jahren eingefroren worden. Nicht einmal die Inflationsraten wurden vom Zuwendungsgeber ausgeglichen. Der Ansatz konnte nur unter der Prämisse der Orientierung an politischen Prioritäten unter dem Stichwort Prävention wieder etwas ausgebaut werden. Demgegenüber sind die Mittel für die Demokratieförderung im Vergleich zum Ansatz der politischen Bildung im KJP geradezu exorbitant angestiegen. In diesem Kontext ist auch völlig plausibel, dass es bei diesen Entwicklungen „notwendig zu Deutungs-, Begriffs- und Verteilungskämpfen“<sup>66</sup> kommt, wie in einer Expertise von Transfer für Bildung gefolgert wird und wie die aktuelle öffentliche Debatte um politische Bildung, Demokratieförderung und Prävention zeigt.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung kann vermutet werden, dass auf Seiten der Zuwendungsgeber das Verfahren einer reinen, zeitlich begrenzten Projektförderung gegenüber einer regelmäßigen Förderung einer bundesweiten Infrastruktur – wie es den Intentionen des KJP und der Zuständigkeit des Bundes entspricht – deutlich bevorzugt wird. Scheinbar geht es darum, unabhängig von einer kooperativen Zusammenarbeit, wie sie den Prinzipien von Partnerschaft und Subsidiarität entsprechen würde und den Regeln des Systems der Kinder- und Jugendhilfe entspräche, eigene Schwerpunkte zu setzen und sich durch Interessenbekundungen die geeigneten Akteure zu suchen. Gefragt sind anscheinend agile Organisationen, die sich auf Steuerungsprozesse durch Ministerium und Regiestelle einlassen.

Durch die Veränderungen in der Landschaft der politischen Jugendbildung sind die Akteure einer bundesweiten Infrastruktur der politischen Jugendbildung immer mehr an die Seite gedrängt worden. Es ist dringend notwendig diese Entwicklung umzusteuern, wenn es wirklich darum gehen soll, für die „demokratische Bildung im Kindes- und Jugendalter“ eine verlässliche und stabile Grundlage zu schaffen und sie nachhaltig zu fördern.

<sup>66</sup> ebd., S. 14.



# 7 Literatur

- Autorengruppe Kinder- und Jugendhilfestatistik (2019): Kinder- und Jugendhilfereport 2018. Eine kennzahlenbasierte Analyse. Opladen, Berlin, Toronto.
- Balzter, Nadine; Ristau, Yan; Schröder, Achim (2014): Wie politische Bildung wirkt: Wirkungsstudie zur biographischen Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung. Schwalbach/Ts.
- Benz, Arthur; Lütz, Susanne; Schimank, Uwe; Simonis, Georg (2007) Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2006): Abschlussbericht zur Umsetzung des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2014): Abschlussbericht des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016): Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen und Leistungen zur Förderung der Kinder- und Jugendhilfe durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) vom 29.09.2016. In: Gemeinsames Ministerialblatt, Nr. 41 vom 12. Oktober 2016.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016): Bundesprogramm Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit. Förderung der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger. Leitlinie Förderbereich C.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. 15. Kinder- und Jugendbericht. Berlin.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (1991): Tätigkeitsbericht der Bundeszentrale für politische Bildung 1990. Bonn.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (1992): Tätigkeitsbericht der Bundeszentrale für politische Bildung 1991. Bonn.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2002): Jahresbericht 2000/2001. Bonn.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2004): Jahresbericht 2002/2003. Bonn.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2006): Jahresbericht 2004/2005. Bonn.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2008): Jahresbericht 2006/2007. Bonn.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2010): Jahresbericht 2008/2009. Bonn.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2012): Jahresbericht 2010/2011. Bonn.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2014): Jahresbericht 2012/2013. Bonn.
- Deutscher Bundestag (1998): BT-Drucksache 13/10810 vom 27.05.1998: Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage „Politische Bildung in Deutschland“.
- Deutscher Bundestag (2001): BT-Drucksache 14/6415 vom 22.06.2001: Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage „Zukunft gestalten – Kinder- und Jugendliche stärken“.
- Deutscher Bundesjugendring (2001): Eine wechselvolle Geschichte. 50 Jahre Kinder- und Jugendplan des Bundes. Berlin.
- Deutscher Bundestag (2001): Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage „Zukunft gestalten – Kinder und Jugendliche stärken“, BT-Drucksache 14/6415.
- Deutscher Bundestag (2012): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage: Förderung von Sozialunternehmen, BT-Drucksache 17/10926 vom 05.10.2012.
- Gathen-Huy, Julia v.d.; Pothmann, Jens; Schramm, Konstantin (2013): Ein Feld macht sich sichtbar(er) – Vorschläge für die Neukonzeption eines Erhebungskonzeptes der amtlichen Statistik für die Kinder- und Jugendarbeit. In: deutsche jugend, Heft 9/2013, S. 390-398.
- Hafenecker, Benno; Widmaier, Benedikt; Zahn, Horst-Dieter (Hrsg.) (2011): Politische Jugendbildung in Hessen. Rückblicke und Ausblicke. Schwalbach/Ts.
- Heinze, Franziska; König, Frank; Rehse, Aline; Schroeter, Ellen (2017): Dritter Bericht: Strukturentwicklung bundeszentraler Träger. Programmevaluation „Demokratie leben!“. Zwischenbericht 2017, Deutsches Jugendinstitut, Außenstelle Halle.
- Lange, Dirk (2010): Monitor politische Bildung. Daten zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- Pflugmann-Hohlstein, Barbara (2015): Die neue Statistik zu Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit – Eine Herausforderung für die amtliche Statistik. In: Landesamt für Statistik Niedersachsen (Hrsg.): Statistische Monatshefte Niedersachsen, 69. Jg., 2/2015, S. 62-67.
- Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin.
- Regiestelle Vielfalt (Hrsg.) (2011): Abschlussbericht der Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ Förderphase 2007 – 2010.
- Santen, Eric van; Seckinger, Mike (2001): Neue Trägervielfalt in Ostdeutschland und ihre Folgen für das (neo)korporatistische System. In: Zeitschrift für Sozialreform, 47. Jg., Heft 47, S. 55-74.
- Schröder, Achim; Balzter, Nadine; Schroedter, Thomas (2004): Politische Jugendbildung auf dem Prüfstand. Ergebnisse einer bundesweiten Evaluation. Weinheim und München.
- Statistisches Bundesamt (2009): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Maßnahmen der Jugendarbeit 2008. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2018): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Ausgaben und Einnahmen 2017. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2019): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Angebote der Jugendarbeit 2017. Wiesbaden.
- Transfer für Bildung e.V. (2019): Forschung und Praxis politischer Bildung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der politischen Erwachsenenbildung. Essen.
- Wach, Katharina; Berg-Lupper, Ulrike; Peyk, Sonja; Schüle-Tschersich, Meike (2014): Evaluation des Kinder- und Jugendplans des Bundes. Endbericht zum KJP-Förderprogramm „Allgemeine Politische Bildung“ (P 01.01). München.

Waldmann, Klaus (2017): Die GEMINI – ein Netzwerk der politischen Jugendbildung. In: Reitemeyer, Michael u.a. (Hrsg.): Politische Bildung stärken – Demokratie fördern. Beiträge zur Geschichte und Aktualität von politischer Bildung. Frankfurt/Main, S. 173-185.

## 8 Anhang

Tabelle 6:

Entwicklung der Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe (KJH) in Deutschland, für Jugendarbeit und außerschulische Jugendbildung von 1991 bis 2017, in 1.000 EURO

Jahr	Ausgaben für KJH insgesamt	Ausgaben für Jugendarbeit	Anteil in % an Gesamtausgaben	Ausgaben außerschulische Jugendbildung	Anteil in % an Ausgaben für Jugendarbeit	Anteil in % an Ausgaben für KJH insgesamt
1991	3.386.415	310.521	9,17%	84.536	27,22%	2,50%
1992	4.106.391	385.062	9,38%	108.158	28,09%	2,63%
1993	4.590.821	396.787	8,64%	90.891	22,91%	1,98%
1994	5.059.595	411.820	8,14%	108.043	26,24%	2,14%
1995	5.253.555	421.364	8,02%	110.331	26,18%	2,10%
1996	5.488.081	396.062	7,22%	87.275	22,04%	1,59%
1997	5.843.992	389.043	6,66%	89.740	23,07%	1,54%
1998	6.120.137	394.683	6,45%	97.832	24,79%	1,60%
1999	6.317.540	402.072	6,36%	104.987	26,11%	1,66%
2000	6.577.397	430.461	6,54%	97.886	22,74%	1,49%
2001	6.910.595	452.294	6,54%	93.890	20,76%	1,36%
2002	6.986.982	439.915	6,30%	107.275	24,39%	1,54%
2003	7.281.994	435.885	5,99%	114.391	26,24%	1,57%
2004	7.366.798	427.943	5,81%	108.239	25,29%	1,47%
2005	7.492.948	442.401	5,90%	107.499	24,30%	1,43%
2006	8.255.575	448.853	5,44%	107.012	23,84%	1,30%
2007	8.661.539	467.389	5,40%	129.212	27,65%	1,49%
2008	9.559.236	521.171	5,45%	149.561	28,70%	1,56%
2009	10.387.907	529.820	5,10%			
2010	11.055.229	528.923	4,78%			

2011	11.722.500	582.347	4,97%			
2012	12.005.047	597.362	4,98%			
2013	13.076.187	637.108	4,87%			
2014	13.892.441	624.783	4,50%			
2015	15.391.326	656.858	4,27%			
2016	17.825.375	687.422	3,86%			
2017	18.839.733	732.117	3,89%			

Anmerkungen: Angaben der Zahlen nach den Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe des Statistischen Bundesamts. Es werden die Daten ab dem Jahr 1991 wiedergegeben, da mit dem Inkrafttreten des SGB VIII zum 1.1.1991 für das gesamte Bundesgebiet die Statistiken neu strukturiert worden sind. Nach einer erneuten Überarbeitung der Struktur der Statistik werden die Ausgaben für die außerschulische Jugendbildung nicht mehr gesondert ausgewiesen.

**Tabella 7: Entwicklung der Zahl der Jugendtagungs- und Jugendbildungsstätten von 1990 bis 2016, gesamt und nach Bundesländern**

Jahr	Deutsch-land	BW	BY	BE	BB	HB	HH	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	West	Ost
1990	562	65	65	15 (West)		1	1	72		98	136	50	11			48			
1994	479	41	75	17	10	1	7	60	7	72	78	48	5	5	5	42	6	442	37
1998	443	33	74	12	7	2	1	45	10	46	95	38	5	10	9	33	23	372	50
2002	405	33	74	20	9	1	3	50	18	43	54	31	1	9	9	32	18	322	71
2006	253	27	55	7	8	3	0	12	5	31	37	14	0	15	6	23	10	202	83
2010	269	22	42	10	10	2	1	41	2	34	37	22	0	17	1	11	17	212	51
2016	221	19	41	11	8	1	1	30	2	28	31	14	0	14	7	2	12	167	57

Anmerkungen: Angaben der Zahlen nach den Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe des Statistischen Bundesamts. Es werden die Daten ab dem Jahr 1991 wiedergegeben, da mit dem Inkrafttreten des SBG VIII zum 1.1.1991 für das gesamte Bundesgebiet die Statistiken neu strukturiert worden sind.

Tabelle 8, Teil a: Entwicklung ausgewählter Programme im Kinder- und Jugendplan von 1989 bis 2008, in 1.000 €											
Jahr	Politische Bildung	Anteil in %	Differenz Vorjahr	Kulturelle Bildung	Anteil in %	Differenz Vorjahr	Jugendverbände	Anteil in %	Differenz Vorjahr	KJP- insgesamt	Differenz Vorjahr
1989	9.742	15,75%		4.205	6,80%		11.323	18,30%		61.867	
1990	9.617	14,12%	-125	4.482	6,58%	277	11.569	16,98%	246	68.127	6.260
1991	12.730	14,27%	3.113	6.289	7,05%	1.807	13.917	15,60%	2.348	89.230	21.103
1992	11.300	10,54%	-1.430	8.104	7,56%	1.815	13.759	12,84%	-158	107.162	17.932
1993	10.738	9,72%	-562	6.931	6,28%	-1.173	13.201	11,95%	-558	110.437	3.275
1994	10.916	10,28%	178	7.009	6,60%	78	13.446	12,66%	245	106.228	-4.209
1995	11.763	11,66%	847	8.366	8,30%	1.357	14.453	14,33%	1.007	100.853	-5.375
1996	11.512	11,39%	-251	7.998	7,91%	-368	14.440	14,28%	-13	101.105	252
1997	10.531	11,94%	-881	7.393	8,38%	-605	14.021	15,89%	-419	88.235	-12.870
1998	10.556	11,47%	25	7.640	8,30%	247	14.003	15,22%	-18	92.034	3.799
1999	10.863	11,59%	307	7.890	8,42%	250	14.400	15,36%	397	93.734	1.700
2000	10.998	11,12%	135	8.409	8,50%	519	14.387	14,54%	-13	98.926	5.192
2001	26.078	25,45%	2.336	8.258	8,06%	-151	14.286	13,94%	-101	102.463	3.537
2002	11.277	10,10%	-2.057	8.834	7,91%	576	15.837	14,27%	1.651	111.677	9.214
2003	10.950	10,02%	-327	8.698	7,96%	-136	14.843	13,58%	-1.094	109.266	-2.411
2004	10.072	8,37%	-878	8.369	6,96%	-329	13.510	11,23%	-1.333	120.265	10.999
2005	9.883	7,62%	-189	7.975	6,15%	-394	13.756	10,60%	246	129.766	9.501
2006	10.130	8,03%	247	7.406	5,87%	-569	14.206	11,26%	450	126.183	-3.583
2007	10.143	6,87%	13	7.444	5,04%	38	15.158	10,27%	952	147.621	21.438
2008	9.606	5,03%	-537	7.358	3,85%	-86	14.470	7,57%	-688	191.110	43.489

Tabelle 8, Teil b: Entwicklung ausgewählter Programme im Kinder- und Jugendplan von 2009 bis 2019, in 1.000 €											
Jahr	Politische Bildung	Anteil am KJP in %	Differenz Vorjahr	Kulturelle Bildung	Anteil am KJP in %	Differenz Vorjahr	Jugendverbände	Anteil am KJP in %	Differenz Vorjahr	KJP- insgesamt	Differenz Vorjahr
2009	9.027	4,85%	-579	5.715	3,07%	-1.643	14.419	7,74%	-51	186.177	-4.933
2010	9.115	4,86%	88	5.995	3,20%	280	14.780	7,89%	361	187.367	1.190
2011	9.664	4,35%	549	6.095	2,75%	100	14.849	6,69%	69	222.039	34.672
2012	9.301	4,96%	-363	6.437	3,44%	342	16.360	8,73%	1.511	187.383	-34.656
2013	9.419	4,86%	118	6.628	3,42%	191	16.781	8,66%	421	193.779	6.396
2014	9.280	6,00%	-139	6.476	4,19%	-152	16.628	18,30%	-153	154.628	-39.151
2015	9.424	5,62%	144	6.651	3,97%	175	17.034	10,16%	406	167.695	13.067
2016	9.480	5,56%	56	6.539	3,83%	-112	18.675	10,95%	1.641	179.513	11.818
2017	9.480	6,65%	0	6.879	4,82%	340	16.675	11,69%	-2.000	191.801	12.288
2018										193.562	1.781
2019										187.968	-5.614

Anmerkungen: Sämtliche Daten wurden den Plänen zum Bundeshaushalt entnommen. Die Angaben zu den Jahren 1989 bis 1999 sind für diese Tabelle von DM in Euro umgerechnet worden. Bis einschließlich zum Jahr 2015 sind die in den Haushaltsplänen zu früheren Jahren aufgeführten IST-Zahlen verwendet worden. Für das Jahr 2016 wurden die Soll-Zahlen aus dem Entwurf des Bundeshaushalts für das Jahr 2017 verwendet, für das Jahr 2017 die Soll-Zahlen aus dem Haushaltsentwurf. Bei den Angaben zur politischen Bildung wurden nur die Zahlen für die politische Bildung allgemein einbezogen, die zur Förderung der verschiedenen Träger der politischen Bildung eingesetzt worden sind. Für die Angaben zu den Mitteln für die Jugendverbände wurden bis einschließlich 1993 die Angaben zur Jugendverbandsarbeit und studentischen Verbandsarbeit zusammengefasst, die ab 1994 in einem Titel angegeben sind.

# 9 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Schaubild 1: Trends von Ausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen und andere Aufgaben nach dem SGB VIII zwischen 1991 und 2017 .....	11
Schaubild 2: Anzahl der Jugendtagungs- und Jugendbildungsstätten von 1990 bis 2016 .....	12
Schaubild 3: Zahl der Beschäftigten in Jugendtagungs- und Jugendbildungsstätten von 1990 bis 2016 .....	14
Schaubild 4: Entwicklung der Angebote der Jugendarbeit und der außerschulischen Jugendbildung zwischen 1992 und 2008 .....	15
Schaubild 5: Zuwendungen im KJP-Programm Politische Bildung .....	21
Schaubild 6: Trends der Zuwendungen aus Mitteln des KJP insgesamt und im Programm „Politische Bildung“ im Zeitraum von 1989 bis 2017 .....	22
Schaubild 7: Entwicklung der Zuwendungen in den KJP-Programmen „Politische Bildung“, „Kulturelle Bildung“ und „Jugendverbände“ im Zeitraum von 1989 bis 2017 .....	23
Schaubild 8: Entwicklung der Zuwendungen in den KJP-Programmen „Politische Bildung“, „Kulturelle Bildung“ und „Jugendverbände“ im Zeitraum von 1998 bis 2017 .....	24
Schaubild 9: Anteil der Zuwendungen für die KJP-Programmen „Politische Bildung“, „Kulturelle Bildung“ und „Jugendverbände“ im Zeitraum von 1998 bis 2017 .....	25
Schaubild 10: Durch die Bundeszentrale für politische Bildung anerkannte Zentralstellen und Träger der politischen Bildung .....	32
Schaubild 11: Durch die Bundeszentrale für politische Bildung anerkannte Zentralstellen und Träger der politischen Bildung im Jahr 2019 nach Bundesländern .....	33
Schaubild 12: Entwicklung der Förderung der politischen Bildung der freien Träger durch die Bundeszentrale für politische Bildung von 1992 bis 2018.....	36
Schaubild 13: Entwicklung der Zahl der Mitglieder und Anwärter des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e.V. ....	37
Schaubild 14: Verteilung der aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in den Förderbereichen „Strukturentwicklung bundeszentraler Träger“ und Modellprojekte geförderten Vorhaben nach Bundesländern .....	44
Tabelle 1: Entwicklung der Ausgaben in der Kinder- und Jugendhilfe 1991 bis 2017 .....	10
Tabelle 2: Überblick über Struktur und Themenschwerpunkte der Angebote der Jugendarbeit im Jahr 2017 .....	16
Tabelle 3: Umfang der Mittel für die Förderung der politischen Bildung freier Träger im Haushalt der Bundeszentrale für politische Bildung .....	34
Tabelle 4: Mittel der Bundesprogramme zur Demokratieförderung und Extremismusprävention im Haushalt des BMFSFJ .....	39
Tabelle 5: Struktur der im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zwischen 2015 und 2019 geförderten Akteure .....	43